

# Populismus in Deutschland

Eine Geschichte seiner Mentalitäten,  
Mythen und Symbole

Herfried Münkler





Die Forschungs- und Beratungsgruppe Counterpoint untersucht mittels sozialwissenschaftlicher Methoden soziale, politische und kulturelle Dynamiken. Mit einem Schwerpunkt auf die Arbeitsweise von Organisationen der Zivilgesellschaft in verschiedenen Kontexten, hilft Counterpoint anderen Organisationen dabei, Lösungen für starke und wohlhabende Gesellschaften zu entwickeln.



This book is available to download and re-use under a by-nc-sa Creative Commons license ported to UK law. This means that you are free to copy, distribute, display and perform the work, and make derivative works, in a non-commercial context, as long as you credit Counterpoint and the author and share the resulting works under an equivalent license.

See <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/uk/>

# Populismus in Deutschland. Eine Geschichte seiner Mentalitäten, Mythen und Symbole

Published by Counterpoint 2012  
Some rights reserved

[www.counterpoint.uk.com](http://www.counterpoint.uk.com)

ISBN 978-0-9568225-6-7  
Copy edited by Stefan Bauchowitz  
Series design by modernactivity  
Typeset by modernactivity  
Printed by Lecturis  
Text & cover paper: Munken Print White  
Set in **Transport** & Scala



**Mixed Sources**

Product group from well-managed  
forests, controlled sources and  
recycled wood or fiber  
[www.fsc.org](http://www.fsc.org) Cert no. CU-COC-804101  
© 1996 Forest Stewardship Council

Herfried Münkler

	Danksagung.....	3
1	Einleitung.....	5
2	Was ist Populismus? Bestandteile, Merkmale und Spuren.....	II
3	Die Arbeit an der nationalen Identität der Deutschen in Humanismus und Reformation .....	23
4	Antinapoleonische Propaganda und nationale Symbole.....	33
5	Populismus in der Außenpolitik: Wilhelm II. und der Weg in den Ersten Weltkrieg ....	4I
6	Populistische Elemente in Politik und Ideologie des Nationalsozialismus.....	5I
7	Antikommunismus als Populismus: Die Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1969	57
8	„Wir sind das Volk“. „Wir sind ein Volk“: Die deutsche Einigung.....	67
9	Der verdeckte und versteckte Populismus im vereinten Deutschland.....	7I
	Anmerkungen.....	77
	Literaturverzeichnis.....	85

**Danksagung**

Counterpoint bedankt sich für die großzügige Unterstützung der Open Society Foundations für das Projekt „Recapturing Europe’s Reluctant Radicals“.

## Einleitung

Im Unterschied zu den meisten europäischen Ländern hat sich in Deutschland, jedenfalls bis jetzt, keine populistische Partei herausgebildet, die sich über längere Zeit behaupten konnte. Die rechtspopulistischen Parteigründungen, wie die Hamburger *Schill-Partei* als das prominenteste Beispiel, hatten nur für kurze Zeit Erfolg und fielen dann wieder in sich zusammen.<sup>1</sup> Andere Parteien bleiben bei Wahlen im Promillebereich, machen aber immer wieder durch spektakuläre und konfliktprovozierende Aktionen, wie *Pro NRW* durch das Zeigen von Mohammed-Karikaturen, auf sich aufmerksam. Es gibt jedoch durchaus populistische Neigungen und Tendenzen bei den in den Parlamenten vertretenen Parteien, die bei entsprechender Gelegenheit mehr oder weniger stark hervortreten können. Dabei handelt es sich jedoch um kurzfristige taktische Dispositive im Ringen um Wählerstimmen, die in der Regel durch eine entsprechende Skandalisierung konterkariert werden. Zu nennen ist hier der von dem zeitweiligen Bundesminister Jürgen W. Möllemann betriebene Versuch, die FDP für rechtspopulistische Themen zu öffnen, der jedoch noch vor dem Selbsttod Möllemanns politisch gescheitert ist. Daneben gibt es in Deutschland auch einen Linkspopulismus, der aber eine noch marginalere Rolle spielt als der Rechtspopulismus.<sup>2</sup>

### Inklusion populistischer Strömungen

Auch wenn es in Deutschland keine populistische Partei gibt, so existieren doch entsprechende Stimmungen und Ressentiments in der Bevölkerung, die bislang freilich in das bestehende Parteienspektrum eingebunden werden konnten. Dies entspricht durchaus den Funktionsmechanismen einer parlamentarischen Demokratie, da populistische Stimmungen, die über längere Zeit politisch nicht bearbeitet oder aufgegriffen werden, in Politikverdrossenheit oder Ablehnung des politischen Systems umschlagen können. Bei den etablierten Parteien, die mit entsprechenden Parolen populistische Kampagnen organisieren, geht es darum, populistische Stimmungen in das politische System einzubinden, was zur Folge haben kann, dass dadurch das Aufkommen genuin populistischer Parteien verhindert wird. Die deutsche Populismusforscherin Karin Priester hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das Aufkommen populistischer *Bewegungen* immer auch mit dem Agieren der etablierten politischen Eliten zusammenhängt.<sup>3</sup> Offenbar ist die in Deutschland praktizierte Strategie der Inklusion entsprechender Themen bei Exklusion rechtspolitischer Parteien bislang erfolgreich gewesen. Das Riskante daran ist jedoch, dass aus untergeordneten Taktiken strategische Direktiven werden oder populistische *Stimmungen* eine solche Dynamik bekommen können, dass sie Macht über die gewinnen, die glauben, mit ihnen spielen zu können. Solche Risiken erwachsen aus den Opportunitätsstrukturen der Wählerstimmungen, aber auch aus den Kalkülen der politischen Klasse, denen mit einem Mal das, was sie zuvor bloß als Instrument eingesetzt haben, um Wählerstimmen zu sammeln, zum Ziel und Zweck ihrer Politik wird.

### Exklusion populistischer Parteien

Dass dies in Deutschland bislang nicht der Fall war und dass nach wie vor das Risiko einer derartigen Entwicklung im deutschen Parteienspektrum begrenzt ist, hat mit den hohen Hürden beim Zugang in die Parlamente (Fünf-Prozent-Klausel), aber auch mit der deutschen Geschichte zu tun, insbesondere mit der Warnung vor den Konstellationen der Weimarer Republik und dem Aufstieg republik- und demokratiefeindlicher Parteien. Der Schrecken der Geschichte sitzt den meisten Deutschen noch so sehr im Nacken, dass sie gegen rechts-populistische Versuchungen gefeit sind. Das gilt mit Abstrichen auch für den Linkspopulismus, dem der Staatsbankrott der DDR als warnendes Beispiel entgegengehalten werden kann. So werden die Vorteile, die eine etablierte Partei aus populistischen Parolen ziehen kann, fast immer durch den Populismusvorwurf konterkariert, und wenn ein Teil der Wählerschaft zu dem Ergebnis kommt, dieser Vorwurf sei begründet, stehen den mit populistischen Rhetoriken erzielten Stimmengewinnen sehr schnell beträchtliche Stimmenverluste gegenüber. Die Stigmatisierbarkeit populistischer Positionen durch den Verweis auf die Weimarer Republik, den Aufstieg des Nationalsozialismus, aber auch die Geschichte der DDR schieben der ‚populistischen Versuchung‘ in Deutschland einen starken Riegel vor. Gleichzeitig werden rechtspopulistische Newcomer durch den Verweis auf das Ende der Republik von Weimar oder die Nazizeit vom politischen Spektrum ausgeschlossen. Die Attraktivität, eine politische Karriere auf (rechts-) populistische Parolen zu gründen, ist also sehr begrenzt. In Anlehnung an das von Karin Priester vorgeschlagene Vier-Phasen-Modell populistischer Bewegungen<sup>4</sup> ist der Rechtspopulismus in Deutschland bislang also nicht über die *Latenzphase* hinausgekommen, in der die, schweigende Mehrheit‘ eine stimmungsmäßige

Offenheit für populistische Parolen aufweist. Nur in der Kritik am Euro und an der Politik der Brüsseler Bürokratie ist die *Malaisephase* erreicht, in der erwartet wird, dass sich einer findet, der das Netz aus Schönreden und Lügen zerreißt und ein ‚offenes, ehrliches Wort‘ sagt. Von der *Sammlungsphase*, die der Rechtspopulismus in vielen europäischen Ländern erreicht hat, ist er in Deutschland noch weit entfernt. Nur beim Thema ‚Europa und der Euro‘ könnte er diese erreichen. Dass es in Deutschland zur *Teilhabephase* kommt, in der definitiv populistische Parteien (nicht etablierte Parteien, die mit dem populistischen Dispositiv auf Stimmenfang gehen) an der Regierungsbildung auf nationaler Ebene beteiligt sind, scheint vorerst ausgeschlossen.

Populismus ist ganz wesentlich eine Kommunikationsstrategie und ein rhetorisches Dispositiv, aber er geht in einer solchen Definition nicht auf, insofern auch gewisse Inhalte kommuniziert werden müssen. Diese Inhalte, so die nachfolgend vertretene These, haben eine um so größere politische Durchschlagskraft, je mehr sie an vertraute Mythen und Symbole anknüpfen können und dadurch mentale Erwartungshaltungen bespielen. Sie verwandeln sich aus politischen Eintagsfliegen in Projekte, sobald sie auf in der Ideen- und Mentalitätsgeschichte geprägte Identitäten zurückgreifen bzw. diese für sich in Anspruch nehmen können. Das ist vor allem dann der Fall, wenn es ihnen gelingt, das im kollektiven Gedächtnis einer Nation enthaltene Ensemble von Feindbildern und Fremdstereotypen anzuzapfen und zu aktivieren. Dabei spielen weniger Argumente, sondern kulturelle Erinnerungen und politische Mythen eine Rolle, über die dann kollektive Affekte erzeugt werden. Das ist der Grund, warum die nachfolgende Darstellung des Populismus in Deutschland historisch weit zurückgreift, und zwar bis in das 15. und 16. Jahrhundert, als die Humanisten und Reformatoren erste Grundlagen für eine kollektive Identität der

Deutschen bzw. die Identifikation mit diesem Selbstbild schufen. Von hier an wird sich die Darstellung über einige geschichtliche Etappen gesteigerter Virulenz populistischer Politik bis in die Gegenwart vorarbeiten, um sich mit den populistischen Thematisierungen von Asyl und Migration, europäischer Integration und Eurokrise zu beschäftigen. Zunächst aber ist zu fragen, was unter Populismus zu verstehen ist bzw. wie und wo Elemente des Populismus in politischen Konstellationen und Strömungen gefunden und identifiziert werden können.



## Was ist Populismus? Bestandteile, Merkmale und Spuren

Um einem verbreiteten Missverständnis vorzubeugen: Es gibt kein Monopol der politischen Rechten auf das populistische Dispositiv, denn dieses findet sich durchaus auch bei der politischen Linken. Ohnehin ist der Populismus älter als die in der Französischen Revolution entstandene Rechts-Links-Unterscheidung. Das heißt dann freilich auch, dass das populistische Dispositiv nicht erst in demokratischen Verfassungsordnungen anzutreffen ist, sondern dass es sich dabei um eine von den politischen Eliten ausgehende Hinwendung zum ‚Volk‘ handelt, die auch unter oligarchischen oder autokratischen Konstellationen beobachtet werden kann.<sup>5</sup> Vorbedingung dafür ist nur, dass dem Volk politisches Gewicht zukommt bzw. dass ihm dieses von den politischen Eliten zugerechnet wird. Dabei kann die Hinwendung zum ‚Volk‘ in bloßen Schmeicheleien, substanzlosen Versprechen, aber auch in der dringlichen Bitte um politische Unterstützung im Kampf um die Macht bestehen. Die Wirkungstiefe des Populismus ist also keineswegs einheitlich, weswegen es auch angezeigt ist, von unterschiedlichen Formen des Populismus bzw. von Populismen zu sprechen. Die vergleichende Betrachtung zeigt, dass sich die unterschiedlichen Wirkungstiefen keineswegs konsistent mit den jeweiligen Verfassungstypen verbinden lassen, etwa derart, dass in Oligarchien dem ‚Volk‘ nur geschmeichelt wird, während ihm in Demokratien u.a. die Aufgabe der politischen Unterstützung zukommt.

### Das Volk als politischer Verbündeter

In den Machtkämpfen oligarchischer Familien in den griechischen Poleis des 7. und 6. vorchristlichen Jahrhunderts kam es ebenso zum Einsatz des populistischen Dispositivs wie in den Konflikten der Adelssippen in den oberitalienischen Städten während des 14. und 15. Jahrhunderts. Bei der Suche nach Verbündeten gegen die jeweiligen Gegner oder Konkurrenten wurden die mittleren, teilweise auch die unteren Schichten zu einem Faktor im Kampf um die Vorherrschaft in Stadt und Land. Aus der Sicht der oligarchischen Familien, zumindest eines Teils von ihnen, waren diese Schichten als ein potentieller Verbündeter anzusehen wie andere Unterstützer auch – mit dem einzigen Unterschied, dass es sich bei den anderen Verbündeten um die herrschenden oder auch exilierten großen Familien anderer Städte handelte, während es sich beim ‚Volk‘ um einen Verbündeten aus dem Binnenraum der eigenen Stadt handelte. So wie man bisher anderen Adelsfamilien aus Nachbarstädten Angebote für ihre Unterstützung im Kampf gegen innere wie äußere ‚Feinde‘ gemacht hatte, so machte man nun dem ‚Volk‘ Versprechungen für den Fall, dass man mit seiner Hilfe den Machtkampf gewinnen würde. Gleichzeitig sann man freilich darüber nach, wie man die Einlösung dieser Versprechungen in möglichst engen Grenzen halten oder gänzlich auf sie verzichten könnte. Einige Oligarchenfamilien setzten darauf, dass dies beim ‚Volk‘ ebenso möglich wäre wie bei den Bündnispartnern aus anderen Städten, dass es also zwischen inneren und äußeren Unterstützern keinen nennenswerten Unterschied gab. Andere Oligarchen bezweifelten das: Sie wollten das ‚Volk‘ grundsätzlich von der politischen Bühne fernhalten, weil sie fürchteten, dass es diese, wenn es seine Schuldigkeit getan habe, so schnell nicht mehr verlassen würde.

Schließlich tauchten, im antiken Griechenland wie im spätmittelalterlich-frühneuzeitlichen Italien, auch noch politische Charismatiker und erfolgreiche Heerführer auf, die sich zeitweilig auf die Unterstützung der mittleren und unteren Schichten gegen die großen Adelsgeschlechter verlassen konnten und diese nutzten, um die gesamte Macht an sich zu reißen und sie anschließend, gestützt auf ihre bewaffnete Entourage, nicht mehr herzugeben. So entstand, nicht ohne populistischen Bias, im antiken Griechenland wie im spätmittelalterlichen Italien die Tyrannis.<sup>6</sup> Die Tyrannen hielten sich so lange an der Macht, wie sie sich auf die Unterstützung von Teilen des ‚Volkes‘ verlassen konnten. Das war vor allem dann der Fall, wenn sie geltend machen konnten, nur sie seien in der Lage, das ‚Volk‘ vor der Unterdrückung und Ausbeutung durch die oligarchischen Familien zu schützen. Dabei kam es jedoch nicht zu einer formalisierten und institutionalisierten dauerhaften Beteiligung des Volkes an der Macht, wie dies dann auf dem Weg zur Demokratie der Fall war, sondern es blieb bei Versprechungen und gelegentlichen Wohltaten. Das populistische Dispositiv kann also den Weg zur Demokratie im Sinne einer institutionellen Beteiligung des Volkes an der Machtausübung öffnen, tut es aber nicht zwangsläufig. Im antiken Griechenland jedenfalls war dies in einigen Städten der Fall, und diese Entwicklung vom populistischen Taktieren einiger Adelsfamilien zur Demokratie hatte weltgeschichtliche Folgen.<sup>7</sup>

Geht man von den hier skizzierten Konstellationen aus, so ist der Gegenbegriff bzw. das Gegenmodell zum Populismus der politische Elitismus. Während populistisch agierende Eliten das Volk zum Adressaten ihrer politischen Zielsetzungen und Versprechungen machen, verzichten elitistische Politikeliten grundsätzlich darauf. Der Referenzbereich ihrer Parolen und Imaginationen

bleibt auf Ihresgleichen beschränkt, und das Volk ist darin keine relevante Größe. Notabene: Es handelt sich in beiden Fällen um Eliten, und häufig sind die Konkurrenten und Gegner von Macht und Reichtum her nicht zu unterscheiden; was sie jedoch unterscheidet, sind die politischen Dispositive, aus denen heraus sie den Kampf um die Macht führen, und dabei hat die elitistische Partei in der Mehrzahl der Fälle den Kampf gegen die populistische Partei verloren.<sup>8</sup> Das hat einen Lernprozess in Gang gesetzt, in dessen Folge die elitistischen Eliten immer weniger und die populistisch agierenden Eliten immer zahlreicher wurden. Die Historiker und Politiktheoretiker, die diese Entwicklung beobachtet und beschrieben haben, haben ihrerseits als Beschleuniger und Verstärker dieses Lernprozesses gewirkt. Dadurch wurden populistische Praktiken zum Erfolgsrezept im Kampf um die politische Macht und sind es bis heute geblieben.

Aber politische Dispositive können sich verselbständigen, und wenn dies geschieht, kann aus populistischen Akteuren eine demokratische Partei entstehen. Was zuvor bloß ein taktisches Versprechen war, um die Unterstützung des ‚Volkes‘ zu mobilisieren, wird nun zum politischen Programm, das Führung und Gefolgschaft miteinander verbindet. Mit der Institutionalisierung der demokratischen Ordnung verschwindet das populistische Dispositiv jedoch nicht, sondern geht eine Verbindung mit Demagogie und Tribuentum ein. Dabei hatte Demagogie im klassischen Athen keineswegs den pejorativen Klang, den der Begriff im Europa des 19. Jahrhunderts dann erhalten hat.<sup>9</sup> Im wörtlichen Sinn war der Demagoge ein Anführer des Volkes, und solange die politischen Fragen in der Volksversammlung entschieden wurde, erfolgte diese Führung des Volkes als einer politischen Partei, die mit den Adelsfamilien um die Macht konkurrierte, durch Reden, die sowohl argumentativ-abwägend als auch emotional-aufpeitschend sein

konnten. Solange es für die Teilnahme am politischen Beratungsprozess keine Diäten gab, bestand die Führung des Volkes durch den Demagogen auch darin, die mittleren und unteren Schichten überhaupt zur Teilnahme an der Volksversammlung zu bringen. Dabei spielte die Aussicht auf volksfreundliche Entscheidungen und entsprechende Vergünstigungen eine wichtige Rolle. Wenn Platon in den demokratiekritischen Abschnitten seiner *Politeia* davon spricht, bei den demokratischen Politikern handele es sich durchweg um „Zuckerbäcker“, die das Volk mit Süßigkeiten versorgten, so ist damit gemeint, dass diese sich immer wieder zu populistisch ausgerichteten Projekten genötigt sahen, um das Volk bei der Stange zu halten. Populistische Politik bestand in diesem Fall darin, dem Volk Wohltaten zu erweisen und durch entsprechende Ausgaben für seine materielle Besserstellung zu sorgen. Platon war u.a. deswegen ein Gegner der Demokratie, weil er sie für unfähig hielt, dem Volk auch einmal Diät zu verschreiben. Die aber hielt er aus seiner elitistischen Perspektive heraus für unverzichtbar, nicht zuletzt aus Gründen der „Volksgesundheit“.<sup>10</sup>

### Die Einheit des Volkes als populistisches Anliegen

Im Unterschied zu der Periode, als es darum ging, populistische Versprechen in demokratische Institutionen umzuwandeln, ist das Volk in der institutionalisierten Demokratie aber keine geschlossene politische Handlungseinheit (wenn es diese denn vormals gewesen ist), sondern zunehmend werden unterschiedliche Interessen und Wertorientierungen relevant, die zu einer Spaltung in unterschiedliche politische Parteiungen führen. Die *plebs* ist Bestandteil des *populus*, aber nicht mit diesem identisch. Und zuvor schon war der athenische *demos* eine starke Gruppe unter den Bürgern, aber eben bloß eine Partei. Diese Aufspaltung in Interessengruppen

und Klientelschaften führt nach einiger Zeit zur Schwächung der Macht des Volkes, weswegen dessen Anführer versuchen, mit allgemeinen Parolen und einer schichten- bzw. klassenübergreifenden Politik die Einheit des Volkes als politischen Machtfaktor zu erhalten. Das ist die dritte Variante des Populismus, die als Gegenmodell zum Klientelismus verstanden werden kann: Während der Klientelismus die ‚Einheit des Volkes‘ entlang sozialer Trennlinien auflöst, ist dieser Populismus bestrebt, diese Einheit zu erhalten bzw. wenigstens zu beschwören; zu diesem Zweck wendet er sich an die Masse des ‚einfachen Volks‘ und appelliert an dessen Gemeinsamkeiten, die allemal größer seien als die Unterschiede. Das ist der Grund, warum der Populismus eine notorische Sehschwäche gegenüber den unterschiedlichen Interessen und sozialen Lagen innerhalb des ‚Volkes‘ hat. Er versucht zusammenzuhalten, was aufgrund der gesellschaftlich-politischen Entwicklung nicht mehr zusammengehört. Eine unter diesen Bedingungen betriebene populistische Politik muss also notorisch so tun, als gäbe es keine sozialen Unterschiede und gegensätzliche Interessen innerhalb des ‚Volkes‘, und wo es diese doch gebe, seien sie politisch marginal. Das gelingt dem Populismus am ehesten dort, wo er mit Feindbildern und Fremdstereotypen arbeitet und präzisere Analysen durch die Anrufung des ‚gesunden Menschenverstandes‘ konterkariert. Der Populismus hat infolgedessen eine starke Neigung, die Konflikte nach außen und die Differenzen gegenüber den ‚Anderen‘ zu dramatisieren, um die Konflikte im Inneren zu camouflieren. In dieser Form begegnet uns der Populismus in den europäischen Demokratien des 20. und frühen 21. Jahrhunderts.“<sup>1</sup>

## Protagonisten des Populismus

Es sind aber keineswegs nur Politiker, die über das populistische Dispositiv verfügen, sondern in der Medien-demokratie auch Journalisten sowie Schriftsteller und Literaten, also politische Intellektuelle. Während es den Politikern in der Regel darum geht, bei Wahlen Stimmen zu sammeln und im Rahmen von Kampagnen Zustimmung zu gewinnen, bedienen sich Journalisten des populistischen Dispositivs, um die Marktanteile ihrer Blätter zu steigern. Politische Intellektuelle wollen Aufmerksamkeit für ihr Anliegen gewinnen, und nicht selten steigern sie über die Auflage ihrer Bücher auch ihr Einkommen. Der Blick auf die motivationale Gemengelage beim Umgang mit dem populistischen Dispositiv zeigt, wie schwierig eine empirisch angelegte Analyse des Populismus ist: Er weist nicht bloß in Abhängigkeit von den jeweiligen Konstellationen unterschiedliche Varianten auf, sondern wird auch von wechselnden Akteuren mit unterschiedlichen Zielen und Absichten instrumentalisiert.

Mit den erwähnten Journalisten und Schriftstellern kommen aber auch weitere Formen der populistischen Beeinflussung ins Spiel: Während Politiker zumeist mit den Instrumenten der Propaganda arbeiten, Reden halten und in Slogans sowie mit Plakaten oder Videoclips ihre politische Botschaft ikonisch verdichtet unter die Leute bringen, verfügen Literaten und Schriftsteller über komplexere literarische Mittel, bei denen die politische Absicht nicht sogleich in Erscheinung treten muss. Die mit erzählerischen, argumentativen oder statistischen Mitteln verbreiteten populistischen Sichtweisen weisen im Vergleich mit der politischen Agitation einen Mechanismus der Zeitverzögerung auf: Die aufreizende Rede in der politischen Versammlung wirkt unmittelbar und kann die Gemüter in Wallung bringen. Sie ist das klassische Instrument politischer Kampagnen. Nach einiger Zeit verlieren die populistischen Parolen jedoch ihren

durchdringenden Charakter, sie haben nichts Aufrüttelndes und Agitierendes mehr, und die um ein populistisch aufbereitete Thema in Gang gesetzte Kampagne klingt allmählich ab. Populistische Politik steht unter Zeitdruck; sie muss die angezielten Ergebnisse innerhalb eines begrenzten Zeitraums erreichen, oder sie verpufft wirkungslos.

Das ist bei den Erzählungen und Sprachbildern der Schriftsteller und Intellektuellen anders: Sie brauchen Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten, aber diese verliert sich dann auch nicht so schnell; sie nistet sich im kollektiven Langzeitgedächtnis einer Gesellschaft ein. Die populistische Agitation der Politiker erzeugt Oberflächeneffekte; die Platzierung populistischer Gedanken in Essayistik und Literatur dagegen geht in die Tiefe, sie zielt auf Mentalitäten und kognitive Strukturen, indem sie die Selbstbilder einer Gesellschaft oder eines politischen Verbandes entwickelt und prägende Identitätsvorstellungen generiert. Statt aktuelle Effekte bringt sie strukturelle Konstellationen hervor, die die politische Infrastruktur eines Gemeinwesens grundlegend verändern. Aus Narrationen werden Narrative, in denen das populistische Dispositiv enthalten ist, ohne dass es als solches in Erscheinung treten muss. Dazu genügt schon der Gebrauch von Alteritätsvorstellungen zwecks Generierung von Identität. Durch sie wird ein Muster von Eigen und Fremd eingespielt, das den Fremden in prekärem Licht erscheinen lässt.<sup>12</sup> An diese mentalen und kognitiven Strukturen können dann populistische Kampagnen anschließen. Sie machten virulent und akut, was latent und permanent vorhanden ist. Eine sorgfältige Analyse populistischer Kampagnen kommt darum nicht ohne einen Blick auf die strukturelle Empfänglichkeit einer Bevölkerung für populistische Vorstellungen aus. Neben dem kollektiven Gedächtnis ist es die politische Kultur eines Landes, aus der

populistische Kampagnen ihre Durchschlagskraft gegenüber dem politischen Betrieb beziehen.

### **Ideologisch parasitärer Populismus**

Hier liegt ein Problem, das größer ist, als es auf den ersten Blick den Anschein haben mag: Die mentalen und kognitiven Strukturen, auf denen populistische Kampagnen ruhen, firmieren in der Regel unter anderem Namen. Sie sind nationalistisch, chauvinistisch, imperialistisch, xenophob, antisemitisch oder rassistisch. Der jeweilige Populismus verbindet sich mit ihnen; sie stellen den Wirt dar, in den er sich einnistet. Das populistische Dispositiv zielt auf die Aktivierung von Strukturen, die selbst nicht populistisch sind. Populismus im strikten Sinn ist bloß das politische Scharfmachen mentaler und kognitiver Prägungen, die sich um die Vorstellungswelten von kollektiver Identität und Alterität entwickelt haben. Der Populismus bewirtschaftet also Felder, die er nicht selbst bestellt hat; bevorzugt bewegt er sich dabei auf den Gebieten des Nationalismus und der Angst vor dem Fremden, da sich hier am schnellsten und wirkmächtigsten das gesamte Arsenal der Fremd-Feind-Konstellationen bewirtschaften lässt. Da der Populismus selbst eine ‚dünne Ideologie‘ ist,<sup>13</sup> ist er darauf angewiesen, sich auf ‚dicke Ideologien‘ als Wirts-ideologien zu lagern oder mit ihnen Hybridbildungen einzugehen, die sich von Land zu Land und von Epoche zu Epoche unterscheiden.

Die Analyse der populistischen Dispositionen eines Landes kommt also nicht darum herum, auch die politischen Mythen und Symbole, die nationalen Identitätsnarrative sowie die kollektiven Ängste vor dem Fremden in den Blick zu nehmen und deren politische Virulenz bzw. Aktualisierbarkeit zu untersuchen. Das macht den Populismus zu einem diffusen und verwaschenen Begriff; für ihn gilt, was man häufig über schwer zu

operationalisierende Begriffe der Sozialwissenschaften gesagt hat: Mit ihnen zu arbeiten gleiche dem Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. Man muss sich bei der Arbeit mit dem Populismusbegriff also darüber im Klaren sein, dass man es hier nicht mit einer trennscharfen, sondern vielmehr mit einer verschwommenen Begrifflichkeit zu tun hat, deren Umrisse nicht nach Art des *disegno*, sondern durch *sfumato* hergestellt worden sind.<sup>14</sup> Aber wenn man den Pudding schon nicht an die Wand nageln kann, so ist man doch in der Lage, die Spuren und Überreste zu beschreiben, die er an der Wand hinterlassen hat.<sup>15</sup>

### **Stärkung von Demokratie als Konsequenz populistischer Kampagnen**

In der Regel wird der Populismus aus der Perspektive universalistischer Geltungsansprüche heraus negativ gezeichnet. Bei einer politikwissenschaftlichen Evaluation der Kosten und Nutzen des Populismus sollte jedoch nicht übersehen werden, dass populistische Kampagnen auch demokratieaffine Effekte haben können. Das Beispiel der Transformation einer populistisch agierenden Adelsfaktion in eine prodemokratische Partei wurde bereits mit Blick auf das antike Griechenland und Oberitalien im Spätmittelalter erwähnt. Aber auch in funktionierenden Demokratien können populistische Kampagnen zur Revitalisierung demokratischer Mechanismen beitragen – etwa dann, wenn sich die politische Klasse entsprechend ihren Eigeninteressen und Selbsterhaltungsimperativen gegenüber den Erwartungen und Partizipationsansprüchen der Bevölkerung abschottet und mit Hilfe von Technokraten und Experten regiert. Populistische Kampagnen sind dann – nicht immer, aber häufig, nicht durchweg, aber verschiedentlich – eine Erinnerung daran, dass das Volk der Prinzipal der

Ordnung und die Angehörigen der politischen Klasse bloß dessen Agenten sind.<sup>16</sup> Populistische Einsprüche werden häufig als irritierend und irrational bezeichnet, und aus der Perspektive der Experten und Technokraten sind sie das auch. Aber die Demokratie ist keine Ordnung, die ausschließlich nach den Vorgaben des Expertenwissens funktioniert. Wo das der Fall ist, verliert sie die entscheidenden Wesensmerkmale des Demokratischen. Eine Demokratie, in der es nicht von Zeit zu Zeit zu populistischen Kampagnen kommt, steht in der Gefahr der Erosion und des Verfalls.

## Die Arbeit an der nationalen Identität der Deutschen in Humanismus und Reformation

Die nationale Identität der Deutschen hat in den während des 15. und 16. Jahrhunderts geführten Debatten zwischen den deutschen und den italienischen Humanisten um die Zivilisierung Germaniens durch die Römer und die daraus erwachsene Dankbarkeitsverpflichtung der Deutschen gegenüber den Italienern ihre entscheidende Prägung erfahren.<sup>17</sup> Aus diesen Debatten ist ein antirömischer bzw. antiitalienischer Affekt erwachsen, der in die konfessionspolitischen Auseinandersetzungen der Reformation, nicht zuletzt in die Schriften Martin Luthers, Eingang gefunden und entscheidend zum Erfolg der Reformation in Deutschland beigetragen hat. Schließlich sind in dieser Zeit auch einige der nationalen Mythen der Deutschen entstanden, die später nach politischem Bedarf aktualisiert und in den politischen Auseinandersetzungen eingesetzt wurden.<sup>18</sup> So ist in der gegenwärtigen Debatte über die Eurokrise, jedenfalls dort, wo sie populistisch geführt wird, die Wiederkehr von Narrativen zu beobachten, die in den Kontroversen der deutschen und italienischen Humanisten und dem reformatorischen Verdikt über die Geldgier der römischen Kurie eine zentrale Rolle gespielt haben: Abermals werde von den Deutschen erwartet, dass sie für die Schulden, die andere zwecks Finanzierung eines faulen und luxuriösen Lebens gemacht hätten, aufkommen sollten, und erneut gehe es den Romanen im Süden darum, mit allen Tricks an das hart erarbeitete Geld der Deutschen zu kommen.

### Die Germanen als Quelle des Identitätspopulismus

Einen Meilenstein der ideenpolitischen Ausarbeitung einer den Deutschen zugeschriebenen nationalen Identität stellt die Wiederauffindung der *Germania* des römischen Historikers Tacitus dar, die im Diskurs der Humanisten zum wichtigsten Beleg für den Kollektivcharakter der Deutschen wurde.<sup>19</sup> Nach humanistischer Manier wurden dabei die früheren Einwohner des Gebiets nördlich der Alpen und östlich des Rheins, die Tacitus im Anschluss an Caesar mit dem Sammelbegriff ‚Germanen‘ belegt hatte, mit den Deutschen als heutigen Bewohnern dieses Gebiets gleichgesetzt. Infolge dessen konnten Tacitus' Bemerkungen über die Germanen als ein Blick in die ethnologischen Anfänge der Deutschen gelesen werden. Dass Tacitus seinen römischen Zeitgenossen einen kritischen Spiegel vorhalten wollte und zu diesem Zweck die Lebensweise und das Verhalten der Germanen stilisiert und auch idealisiert hatte,<sup>20</sup> blieb bei den Humanisten außer Betracht. Man las den Text als eine exakte Beschreibung der Germanen, die als die ‚alten Deutschen‘ angesehen wurden. Dort, wo sich Tacitus lobend über die Sittenstrenge und Naturverbundenheit der Germanen äußerte sowie über ihre Abneigung, sich mit anderen Völkern zu vermischen, wurde dies zum Vorbild der Deutschen erklärt, an dem sie sich zu orientieren hätten, wenn sie ihre Identität bewahren wollten. Es ist für den Populismus jedoch typisch, dass er die Konditionalität des ‚wenn‘ in einen bedingungslosen Imperativ überführt. Auf diese Weise entsteht der *Identitätspopulismus*, der mit dem *Protestpopulismus* zusammen die beiden Hauptstränge populistischen Denkens bildet.<sup>21</sup>

### Römischer Einfluß als Bedrohung deutscher Kultur

Unter diesen Umständen war es nur konsequent, wenn der römische Einfluss auf die Germanen als

schwerwiegende Bedrohung der deutschen Identität und ihres politisch-kulturellen Selbstständigkeitsanspruchs gesehen wurde. Man kann darin erste Anzeichen einer antizivilisatorischen Disposition ausmachen, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in der Dualisierung von ‚tiefgründiger Kultur‘ und ‚oberflächlicher Zivilisation‘ ihren Niederschlag fand. In diesem Sinne wurde der Erste Weltkrieg als Verteidigung der deutschen Kultur gegen die französische Zivilisation verstanden. Dass jedoch nicht alle in Deutschland dieser populistischen Gegenüberstellung von ‚kultureller Tiefgründigkeit‘ und ‚frivoler Zivilisiertheit‘ folgen wollten, zeigt der ‚Bruderkrieg‘ zwischen Thomas und Heinrich Mann, in dem letzterer den autoritären Obrigkeitsstaat in Deutschland kritisierte und die romanische Intellektualität verteidigte, während Thomas Mann in seinen ‚Kriegsschriften‘ auf die „machtgeschützte Innerlichkeit“ setzte, womit er den Schutz einer tiefsinnigen Kultur durch den kriegsrischen Machtstaat meinte – eine Position, die er nach der Erfahrung des Nationalsozialismus in seinem *Doktor Faustus* dann entschieden kritisiert hat.<sup>22</sup> Dabei kommt es nicht von ungefähr, dass er sich den Magier und Universalgelehrten Johann Faust als Referenz ausgesucht hat, handelt es sich bei Faust doch um einen bis ins 16. Jahrhundert zurückreichende mythische Figur, die seit der Bearbeitung des Stoffs durch Goethe ein Ankerpunkt des kulturellen Überlegenheitsgefühls der Deutschen gegenüber ihren europäischen Nachbarn geworden ist. Dass Faustus bei Thomas Mann nicht, wie bei Goethe, als Magier und Universalgelehrter, sondern als Musiker und Komponist vorgestellt wird, ist einem weiteren Ankerpunkt im nationalen Überlegenheitsgefühl des deutschen Bildungsbürgertums geschuldet, nämlich der Apostrophierung der Musik als der spezifisch ‚deutschen Kunst‘. Das freilich bezog sich auf Entwicklungen des 18. und 19. Jahrhunderts und



keineswegs auf die frühe Neuzeit, als die italienische Hegemonie auf dem Gebiete der Musik in Europa außer Frage stand.<sup>23</sup>

Zwar hat die Kultur-Zivilisation-Kontroverse mit populistischer Politik unmittelbar nichts zu tun, aber sie hat, zumal über die Vermittlungsagenturen der Schule, zur Prägung mentaler und kognitiver Strukturen beigetragen, die als ideenpolitische Infrastruktur populistischer Kampagnen dienen konnten. Das war bevorzugt dann der Fall, wenn politische Minderwertigkeitsgefühle oder Unterlegenheitsempfindungen, die aus der verspäteten Nationalstaatsbildung erwachsen waren oder damit zu tun hatten, dass Deutschland bis zur Reichsgründung von 1871 im Konzert der europäischen Mächte keine Rolle gespielt hatte, durch kulturelle Überlegenheitsprätentionen kompensiert werden mussten. Und gleichzeitig kommt darin zum Ausdruck, dass populistische Kampagnen nicht nur auf das Kleinbürgertum und die unteren Schichten der Gesellschaft zielen, sondern auch die gebildeten und arrivierten Schichten erfassen können bzw. gerade dort ihren Ausgangspunkt haben.<sup>24</sup>

Mehr als Johann Faust, der als Mythos erst sehr viel später nationalisiert und in das politische Bewusstsein der Deutschen eingebürgert wurde,<sup>25</sup> spielte in der frühen Neuzeit die Figur des Hermann-Arminius eine Rolle, also jenes Mannes, unter dessen Führung im Jahre 9 n. Chr. ein germanisches Stammesaufgebot drei römische Legionen in unwegsamem Gelände angegriffen und vernichtet hatte. Der Cheruskerfürst Arminius, von dem nur dessen lateinischer Name überliefert ist, wurde als Hermann eingedeutscht und schon bald als „erster Deutscher“ gefeiert.<sup>26</sup> Als solcher ist er bis heute in der Walhalla bei Regensburg und in der Alten Nationalgalerie in Berlin zu sehen. Die Fokussierung der nationalen Identität auf die Figur des Arminius und die Schlacht im Teutoburger Wald führte zu einem

bellizistischen Charakterzug im politischen Selbstbewusstsein der Deutschen, der das Gegenstück zur kulturellen Identitätskonstruktion bildete. Als Inbegriff militärischen Widerstands gegen einen weit überlegenen Gegner wurde Hermann-Arminius zum Symbol für den Kampf gegen ‚eine Welt von Feinden‘. Er diente zur Beschämung derer, die angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse aufgeben wollten und mehr auf politische Verhandlungen als auf militärische Entscheidungen setzten. Wie Faust zum populistisch bespielbaren Mythos des Bildungsbürgertums wurde, so wurde Hermann-Arminius dies für national gesinnte Kreise; im 19. Jahrhundert stieg er damit zum Leitmythos eines populistisch aufgeäumten Militarismus auf.

Gleichzeitig avancierte Arminius zu einer Ressource im Populismus des Ressentiments, denn die Italiener, so klagte der Humanist Ulrich von Hutten, hätten die Kunde von seinen Taten unterdrückt, und so die Deutschen im ‚Wettkampf der Nationen‘<sup>27</sup> ins Hintertreffen gebracht. Sie hätten, so Hutten weiter, damit einen Anschlag auf die Würde der Deutschen verübt.<sup>28</sup> Es komme nicht nur darauf an, auf dem Schlachtfeld zu siegen, sondern man müsse die Kunde von diesen Siegen auch verbreiten. Hutten bediente damit das Ressentiment, dass die Bescheidenheit und Zurückhaltung der Deutschen von ihren Widersachern und Konkurrenten zu deren Vorteil ausgenutzt würden. Der Kampf der Waffen sei darum jetzt als Kampf der Worte und Schriften fortzusetzen. Einer, der diesen Kampf der Worte und Schriften aufgenommen hatte, war in Huttens Sicht Martin Luther, dem er darum den Kriegshelden Arminius zur Seite stellte. Auch Luther selbst hat mehrfach von seiner Nähe zu Hermann gesprochen, der ebenso „ein Harzländer“ sei wie er selbst und den er darum „von Herzen lieb“ habe. Aus dem antirömischen Affekt war damit wieder der offene Kampf gegen Rom geworden, auch wenn

er nunmehr nicht mehr gegen das Rom der Kaiser, sondern gegen das der Päpste geführt wurde.

### Finanzierung römischer Dekadenz

Der aufwändige Repräsentations- und Lebensstil der Päpste zwang dazu, dass immer größere Geldsummen in der lateinischen Christenheit aufgetrieben werden mussten, wovon Deutschland in wachsendem Maße betroffen war. Das löste Missbehagen und Verärgerung aus, und so beklagte Kanzler Martin Mayr in den regelmäßig der römischen Kurie zugesandten *Gravamina nationis Germaniae* die anwachsenden Geldströme, die über die Alpen nach Italien flössen. Der Humanist Enea Silvio Piccolomini (i.e. Papst Pius II.) replizierte, indem er die von Tacitus beschriebene zivilisatorische Rückständigkeit Germaniens aufgriff und sie dem inzwischen fortgeschrittenen Entwicklungsniveau Deutschlands gegenüberstellte. Aus diesen *olim-nunc*-Schema folgte er, dass Deutschland dem zivilisatorischen Einfluss Roms (und Italiens) viel zu verdanken habe und es darum überhaupt keinen Grund für Klagen gebe; vielmehr sollten die Deutschen dankbar für die Segnungen der Zivilisation zahlen, die ihnen durch Rom zuteil geworden seien.<sup>29</sup>

Das war eine ‚kolonialistische‘ Antwort, die schwerlich die Zustimmung der deutschen Humanisten finden konnte. Diese kehrten nunmehr den Spieß um, indem sie den zivilisierenden Einfluss Roms als Angriff auf die germanischen Sitten und ihre Lebensweise darstellten, in dessen Folge Dekadenz und Unzucht, Lug und Trug, Bosheit und Untreue ins Land gekommen seien. Es gebe darum überhaupt keinen Grund zur Dankbarkeit, sondern im Gegenteil viele Gründe, solche Einflüsse zurückzuweisen. Immer wieder sprach auch Luther von der Sittenverderbnis, die mit den „Papisten“ Einzug gehalten

habe, und forderte seine „braven Deutschen“ auf, sich durch die „Romanisten“ nicht infizieren zu lassen. Er scheute auch nicht davor zurück, die unzuchtigen Sexualpraktiken der Spanier anzuprangern. Der antirömische wurde zum antspanischen Affekt, nachdem Kaiser Karl V. von Luther als ein Spanier identifiziert worden war. Im Freiheitskampf der Niederlande gegen die spanische Krone sind später ähnliche Behauptungen unter dem Rubrum der „schwarzen Legende“ verbreitet und politisch instrumentalisiert worden.<sup>30</sup>

Ein regelrecht populistischer Schachzug war Luthers Verknüpfung des deutschen Seelenheils mit dem Geldfluss aus Deutschland zur Finanzierung des päpstlichen Luxus in Rom. Vor allem in der Praxis des Ablasshandels hätten die „römischen Papisten“ eine Technik entwickelt, mit der sie den Deutschen das Geld aus der Tasche zögen und sie gleichzeitig um das Heil ihrer Seelen betrögen. Die römische Infamie bestünde darin, dass die Deutschen gleich zweimal betrogen würden: zunächst um ihr Geld und sodann um ihr Seelenheil.<sup>31</sup> Diese und ähnliche Invektiven haben zum Erfolg der Reformation beigetragen, mobilisierten sie doch die Unterstützung auch derer, die mit der diffizilen theologischen Frage der Rechtfertigung wenig anfangen konnten. Gleichzeitig übersprang die Debatte hier die engen Grenzen des gelehrten Humanismus und erfasste die breiten Schichten der Gesellschaft. Der Intellektuellen-nationalismus wurde zum nationalen Empfinden breiter Kreise, und dabei wurde er durch einen massiven antirömischen Affekt angeheizt.

Die seit geraumer Zeit in Deutschland grassierende Sorge, dass die drückenden Schulden der Südländer-Griechenlands, Italiens, Spaniens und Portugals-durch Rettungsschirme und Europäische Zentralbank vergemeinschaftet würden, so dass schließlich der deutsche Steuerzahler für sie aufkommen müsse, nimmt die

Debatte über die Finanzierung römischer Leichtlebigkeit durch die biedereren Deutschen in der Zeit der Reformation wieder auf. Es sind dieselben Mentalitäten, die durch populistische Formulierungen zum Klingen gebracht werden. Zwar ist bislang noch keine dezidiert antieuropäische Partei in Deutschland entstanden, aber die ‚Gestimmtheit‘ dafür ist in der Bevölkerung vorhanden. Diese Stimmung wird vorläufig nur durch die Boulevardpresse eifrig bedient.

## Antinapoleonische Propaganda und nationale Symbole

Das populistische Dispositiv bedient sich populärer Symbole; es ist auf sie angewiesen, um seine Vorschläge und Forderungen als selbstverständlich geltend machen zu können. Diese Selbstverständlichkeit, die keine Begründungen abgeben muss, ist eines der Wesensmerkmale des Populismus.<sup>32</sup> Populismus lässt sich nicht auf anspruchsvolle Argumentationen ein, und die parlamentarische Deliberation ist ohnehin nicht sein Metier. Vielmehr beruft er sich auf den ‚gesunden Menschenverstand‘ und suggeriert, eigentlich müsse jeder die Dinge so sehen wie er. Politisches Einverständnis wird im Populismus also nicht argumentativ erarbeitet, sondern immer schon unterstellt. Politische Symbole sind Manifestationen wie Einforderungen dieses Einverständnisses. Dabei ist zwischen *konservativen* Symbolen der Bestandswahrung und *rebellischen* Symbolen des Protests und der Veränderung zu unterscheiden. Für erstere stehen in Deutschland u.a. die Personifikationen der Länder und Regionen, z.B. die Bavaria, die Borussia, oder die Hassia, die in der Regel in Verbindung mit dem regierenden Fürstenhaus und dessen jeweiligem Symbolhaushalt ins Spiel gebracht wurden und mit denen sich Loyalität gegenüber Herrscher und Vaterland einfordern ließ. Es sind dies Symbole für die Wechselseitigkeit von Huld und Fürsorge sowie Treue und Hingabebereitschaft, und wo diese Symbole als Denkmale im öffentlichen Raum gestellt wurden, wurde die Wechselbeziehung von Huld und Treue

als, politische Gebrauchsanweisung' auf den Sockel des Monuments geschrieben.

### **Bewahrender und verteidigender Populismus**

Nun sind vertragsähnlich angelegte wechselseitige Verpflichtungen zwischen Herrscher und Volk kein Tummelplatz für Populismen; eine schwache Form des Populismus kann freilich auch hier anschließen, und zwar dann, wenn der Herrscher mit besonderen Hulderweisen einen Vorrat an Loyalitätsverpflichtungen aufgebaut hat, die bei entsprechender Gelegenheit eingefordert werden. Häufig dient dieser Loyalitätsvorrat aber bloß dazu, das Reziprozitätsverhältnis zwischen Herrscher und Volk zu festigen und über jeden Zweifel erhaben zu machen. Herrschaftlicher Populismus in Form von Hulderweisungen, die über die traditionellen Verpflichtungen des Herrschers hinausgehen, dient der Bildung einer Loyalitätsreserve, auf die das Fürstenhaus in politisch schwierigen Zeiten zurückgreifen kann. Diese Form des schwachen bzw. latenten Populismus hat es in Deutschland bis zur revolutionären Beendigung der Monarchien und Fürstenhäuser im Jahre 1918 gegeben, und sie hatte an Bedeutung gewonnen, nachdem mit der Französischen Revolution alternative Formen politischer Ordnung attraktiv geworden waren. Die Popularität des Herrschers sollte Revolten und Rebellionen vorbeugen, und sie wurde durch populistische Inszenierungen gesteigert. Die Techniken des ‚Populismus in kleiner Münze‘ sind jedoch mit dem Sturz der Könige und Großherzöge im November 1918 nicht gänzlich verschwunden, sondern werden von den Ministerpräsidenten/innen der Bundesländer in einer ihrem Habitus angemessenen Form weitergeführt: Als ‚Landesväter‘ (und ‚Landesmütter‘) sind sie um das Wohlergehen der ‚Landeskinder‘ besorgt, begeben sich

deswegen alljährlich auf eine Rundreise durchs Land, um sich über die Sorgen und Nöte der Menschen zu informieren und gegebenenfalls Abhilfe zu schaffen, und bei der Einweihung von Gebäuden und Einrichtungen lassen sie sich in quasi-herrscherlichem Pomp in Szene setzen, so als hätten sie all dies aus eigenen Mitteln den ‚treuen Untertanen‘ geschenkt. Das populistische Dispositiv der Fürstenherrschaft ist als Inszenierungstechnik fürsorglicher ‚Väterlichkeit‘ bzw. ‚Mütterlichkeit‘ in das Repertoire der demokratischen Ordnung eingegangen.<sup>33</sup>

Neben diesem ‚konservativen Populismus‘ und seinen Symbolen steht eine auf Veränderung oder aggressive Verteidigung (die von bloßem Bewahren zu unterscheiden ist) ausgerichtete Symbolwelt. Die Populismen, die hier angesiedelt sind, haben eine sehr viel stärkere Dynamik als die der Herrscherhäuser: Erst müssen die Zustände gründlich verändert werden, damit sie bleiben können, wie sie dann sind. Mit Blick auf so oder ähnlich denkende Intellektuelle und Schriftsteller in der Weimarer Republik hat man von der ‚konservativen Revolution‘ gesprochen,<sup>34</sup> und jedem aggressiven Populismus ist etwas von diesem Amalgam aus Veränderungsbereitschaft und Bewahrensorientierung eigen. Diese politische Disposition lässt sich erstmals in der vor allem von Intellektuellen und Literaten gesteuerten antinapoleonischen Propaganda zu Beginn des 19. Jahrhunderts ausmachen. Sie ist gekennzeichnet durch Ideen und Symbole, mit denen geschaffen werden sollte, wovon gleichzeitig behauptet wird, dass es dies schon lange gibt: das deutsche Volk. Aber es war nicht in einem Staat geeint, stand unter Fremdherrschaft und war politisch zerrissen, und deswegen musste es erst zum Wissen und Bewusstsein seiner selbst gebracht werden. Die Form, in der das geschehen sollte, war der Kampf gegen Napoleon und die Franzosen. Die Herstellung politischer Handlungsmächtigkeit der Deutschen hat sich bis

weit ins 20. Jahrhundert auf einen antifranzösischen Affekt gegründet, der den antirömischen Affekt zum Teil abgelöst und zum Teil weitergeführt hat. Dieser Affekt hat sich im Begriff der ‚Erbfeindschaft‘ niedergeschlagen. Erst Konrad Adenauer, dem ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle ist es in den 1960er Jahren gelungen, in einer Reihe hochsymbolischer Akte diese Erbfeindschaft zu beenden und sie durch die deutsch-französische Freundschaft zu ersetzen. Die Populismusressource der Feindschaft wurde in die der Freundschaft überführt; diese jedoch muss bis heute immer wieder rituell erneuert werden, um den erforderlichen Grad an Verbindlichkeit zu behalten. Sie bedarf eines Kranzes populistischer Folklore, um politisch sinnfällig zu sein. Aggressive Mobilisierungspopulismen müssen durch rituelle Handlungen beruhigt und gleichsam ‚beerdigt‘ werden. Erst dadurch verlieren sie ihre Virulenz.

### Die Herrschaft Napoleons und Xenophobie

Aus der Zeit der antinapoleonischen Propaganda ist freilich die Disposition zur Fremdenfeindlichkeit, zumindest zur skeptischen Distanz gegenüber dem und den Fremden geblieben; sie werden häufig als Eindringlinge wahrgenommen, die ungerufen kommen und sich ungebeten breitmachen. Das Fremde gilt in Deutschland nur selten als Bereicherung, sondern wird zumeist als Infragestellung der eigenen Identität und Bedrohung des hart erarbeiteten Wohlstands angesehen. Diese Disposition stellt eine immer wieder in Anspruch genommene Ressource populistischer Politik dar. Der Aufstieg der Romantik als politisch-kultureller Bewegung<sup>35</sup> ist im Übrigen im Windschatten des Kampfes gegen Napoleon erfolgt, und gerade die Romantik hat eine Fülle von Symbolen und Narrationen

hervorgebracht, die sich für eine populistische Politik sehr gut als Verständigungsmittel und Erkennungszeichen eignen. Realpolitisch mochte die Herrschaft Napoleons und der Franzosen in Deutschland mit den Befreiungskriegen von 1813/14 zu Ende gegangen sein, aber in der Mentalität der Deutschen und in deren kollektivem Gedächtnis hat dieses Jahrzehnt deutliche Spuren hinterlassen. Die geschichtliche Erinnerung mag verblasst sein, die Bedrohtheitsängste sind geblieben.

Nun war der Einbruch Napoleons in die deutsche Geschichte freilich ein grundstürzendes Ereignis, und nicht von ungefähr hat der Historiker Thomas Nipperdey seine Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert mit der vielzitierten Formel begonnen: „Am Anfang war Napoleon“. <sup>36</sup> Zwar hatte es bereits zuvor französische Vorstöße auf deutsches Gebiet und damit verbunden Zerstörungen und Verwüstungen gegeben, deren bis heute eindruckliches Symbol die Ruine des Heidelberger Schlosses ist; dabei wurden freilich bloß Landstriche verheert und nicht die politische Ordnung Deutschlands umgestürzt. Gerade das aber war im Gefolge der napoleonischen Siege der Fall: Das *Heilige Römische Reich deutscher Nation* wurde für aufgelöst erklärt, das deutsche Kaisertum endete, und Napoleon setzte sich selber die Kaiserkrone auf. Auch wenn das Reich seit 1648 kein europäischer Machtfaktor mehr war, so hatte es doch eine symbolische Präsenz, deren nunmehriges Ende als tiefer geschichtlicher Bruch erfahren wurde. Der trat um so deutlicher hervor, als an die Stelle des Reichs ein Ensemble von Rheinbundstaaten trat, als deren Protektor Napoleon agierte. Der Rhein wurde zur Achse seiner Herrschaft über Deutschland.

Zu einem regelrechten Trauma entwickelte sich dann die unter den deutschen Intellektuellen ausgetragene Kontroverse, wie die napoleonischen Veränderungen zu beurteilen seien: Während für die einen die neue

Rechtsordnung des *Code civil* und die effektive Verwaltung Fortschritte gegenüber den verwickelten, mehr durch Tradition als Rationalität geprägten Ordnung des Alten Reichs waren, stellten die anderen die linksrheinischen Gebietsverluste heraus, die permanenten Eingriffe Napoleons in die inneren Verhältnisse der deutschen Staaten und vor allem deren Unselbständigkeit in äußeren Angelegenheiten. Erstere bildeten die Gruppe der Napoleonbewunderer, zu denen auch Goethe und Hegel gehörten; letztere wurden zu Napoleonfeinden, und unter ihnen spielten der Philosoph Fichte und die Dichter Kleist und Arndt eine führende Rolle. Die zwischen ihnen ausgetragenen Konflikte waren paradigmatisch für die gegensätzliche Beurteilung Napoleons in der deutschen Bevölkerung, und das wiederum wurde als Ausdruck der inneren Zerrissenheit Deutschlands begriffen. Das ausgeprägte Konsensbedürfnis und die Abneigung der Deutschen gegenüber einer konflikttheoretisch angeleiteten Ausgestaltung der Demokratie ist – auch – eine Folge der Erinnerung an diese Konflikte und deren Stilisierung zu einem auf den Deutschen lastenden Verhängnis, das ein ums andre Mal, so die Vorstellung, Deutschland zum Spielball äußerer Mächte gemacht habe. Das war und ist ein wichtiger Ansatzpunkt für populistische Politik und ihre Parolen, in denen Einigkeit und Geschlossenheit als höchste Werte propagiert werden. So wird ein Zwang zum Konsens generiert, der populistischen Vorstellungen sehr entgegen kommt.

Mit dem Ende der napoleonischen Herrschaft über Deutschland und der Zuschlagung der zurückgewonnenen linksrheinischen Gebiete zu dem wieder erstarkten Preußen entstand in der Rheinromantik auch ein neues Symbol oder Mythenensemble deutscher Identität. In Gedichten und Liedern wurde versichert, dass der Rhein von nun an „Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze“ sei und jedermann dazu aufgerufen sei, sich an

der „Wacht am Rhein“ zu beteiligen.<sup>37</sup> Die zuvor von englischen Reisenden ‚entdeckte‘ Rheinromantik wurde nun ‚eingedeutscht‘ und mit einer Reihe zusätzlicher Bedeutungsinvestitionen ausgestattet; dazu gehörten Gedichte, in denen Schönheit wie dämonisches Verhängnis des Rheins beschworen wurden (*Die Loreley*), aber auch die Restaurierung und Sicherung der Burgruinen und verfallenen Kirchen am Mittelrhein. Das Rheingold, von dem der Heidelberger Romantikerkreis erzählte und das dann in Richard Wagners Opernwerk *Der Ring des Nibelungen* Eingang fand, sowie die Fertigstellung des Kölner Doms, dessen Weiterbau im Spätmittelalter abgebrochen war, wurden zu Symbolen für die Wiederherstellung und Vollendung des Reichs. Damit entstand eine Fülle von Versatzstücken, die als emotionale Verstärker einer populistischen Politik dienen konnten. Der Rheinabschnitt zwischen Mainz und Köln wurde zum Schatzkästlein deutscher Identität, und Bonn wäre nach 1949 kaum zeitweilige Hauptstadt des (westlichen) Deutschlands geworden, hätte es nicht am Rhein gelegen. Wohlgemerkt: Die Symbole und Mythen sind Ressourcen populistischer Politik, vor allem wenn es sich dabei um einen ‚Identitätspopulismus‘ handelt, aber sie stellen selber kein populistisches Dispositiv dar.

## Populismus in der Außenpolitik: Wilhelm II. und der Weg in den Ersten Weltkrieg

Otto von Bismarck, zunächst preußischer Ministerpräsident und dann Kanzler des Deutschen Reichs, war ein Meister beim Streuen populistischer Parolen. Von seiner Erklärung, die großen Fragen der Zeit würden nicht durch Reden, sondern durch Blut und Eisen entschieden, bis zu der Formel, ein Deutscher fürchte Gott und sonst nichts auf der Welt, verstand er es vorzüglich, historische Mythen und politische Symbole so zu kombinieren, dass er damit breite Kreise der Bevölkerung ansprach und dabei Unterstützung für seine Politik mobilisierte. Bismarck, der sich seine Mehrheiten im Parlament besorgen musste, tat dies nicht zuletzt dadurch, dass er mit populistischen Mitteln Stimmungen in der Bevölkerung erzeugte, die die Parlamentarier unter Druck setzen sollten. Dieser ‚gouvernementale Populismus‘ war eine völlig neue Form des Regierungsstils, denn bis dahin hatte man Populismus nur als Popularitätspolitik der Herrscher oder als Protestpopulismus kennengelernt. Bismarck hatte freilich ein gutes Gespür für die Risiken populistischer Äußerungen und beschränkte sie weitgehend auf innenpolitische Auseinandersetzungen. Er betrieb eine kühl kalkulierte Außenpolitik, bei der er sorgfältig vermied, mit populistischen Formeln Erwartungen zu wecken, die er anschließend nicht einlösen konnte oder die ihn politisch unter Zugzwang setzten. Das nämlich gehört zu den Dilemmata populistischer Politik: dass Erwartungen geweckt werden, die eine



unkontrollierbare Dynamik entwickeln. Vor allem in der Außenpolitik gleichen sie einem ‚Ritt auf dem Tiger‘.

### Der unerfüllte Wunsch nach Weltgeltung

Diese kluge Distanz gegenüber einer populistisch aufgelaufenen Außenpolitik endete mit Beginn des Wilhelminismus; Kaiser Wilhelm II. schaltete sich wiederholt mit Äußerungen, die auf den Beifall bestimmter Kreise aus waren, in die Außenpolitik des deutschen Reichs ein. Ein ums andere Mal reklamierte Wilhelm darin die Respektierung der deutschen Weltgeltung – also dessen, was Reichskanzler Bernhard von Bülow einmal in einer zutiefst populistischen Formulierung den „Platz an der Sonne“ genannt hatte.<sup>38</sup> Damit entstand ein Konflikt mit Großbritannien, das sich als global immer noch führende Macht im relativen Abstieg befand, während die USA und Deutschland in einem vor allem wirtschaftlichen Aufstieg begriffen waren. Vermutlich hätten die Briten eine gewisse Gewichtsverlagerung akzeptiert, wie sie das schließlich auch gegenüber den USA taten, wenn diese lautlos über die Bühne gegangen und nicht deutscherseits lautstark eingefordert worden wäre. Wilhelms populistische Äußerungen zu Seemacht und Weltgeltung aber machten den Bedeutungsgewinn des Deutschen Reichs gegenüber dem britischen Empire zu einer Frage des Prestiges – einer der Währungen in der internationalen Politik – und provozierten damit den wiederholten Einspruch und schließlich den Widerstand der Briten. In Reaktion darauf entstand in Deutschland ein antibritischer Affekt, der sich darum drehte, dass die Briten den Deutschen ihre neugewonnene Stellung in der Welt nicht gönnen wollten. Dieser Affekt wiederum wurde zum Anknüpfungspunkt für Populismen unterschiedlicher Provenienz, die vom Ressentiment des gegenüber der britischen Weltmacht Zukurz- bzw.

Zuspätgekommenen bis zur Indignation über den englischen Snobismus reichten. Bei Teilen des Kleinbürgertums, dem Hauptadressaten populistischer Politik, löste England vor dem Ersten Weltkrieg Frankreich in der Rolle des Hauptfeindes ab. Dass diese Feindschaft – und zwar von beiden Seiten – immer wieder durch populistische Äußerungen von Politikern und eine entsprechende Grundeinstellung der Presse angefeuert wurden,<sup>39</sup> hat mit zur Katastrophe des Kriegeausbruchs beigetragen.

### Einkreisungsobsessionen

Unter dem Einfluss populistisch zugespitzter Äußerungen vollzog sich eine fundamentale Erschütterung der außenpolitischen Orientierungen des deutschen Liberalismus. Zu denen gehörte nämlich eine ausgeprägte Englandfreundlichkeit, das als Vorbild einer parlamentarischen Ordnung und Schutzmacht des freien Welthandels angesehen wurde. Der Antipode Großbritanniens war in liberaler Sicht das zarische Russland, das als Hort gesellschaftlicher Rückständigkeit und einer reaktionären Politik galt. Im *great game* zwischen Briten und Russen standen die deutschen Liberalen fest auf der Seite Großbritanniens, wohingegen die preußischen Konservativen offene Sympathie für Russland zeigten. Das änderte sich mit dem wirtschaftlichen und politischen Aufstieg Deutschlands, der die beiden imperialen Rivalen, die große Seemacht und die große Landmacht, einander zunehmend näherbrachte. Nachdem bereits Frankreich und Russland miteinander ein de facto gegen Deutschland gerichtetes Verteidigungsbündnis geschlossen hatten, kam es im Jahre 1907 zum britisch-russischen Ausgleich, mit dem die deutschen Hoffnungen, beide Mächte gegeneinander ausspielen zu können, verflogen waren. Die Entwicklung der internationalen Konstellationen führte in Deutschland zu

Einkreisungsobsessionen, die schließlich in die Parole „Feinde ringsum!“ mündeten. Das war zunächst alles andere als ein populistisches Projekt, denn das Gefühl der politischen Isolation und militärischen Einkreisung rief vor allem Sorgen und Ängste hervor; indem der Beobachtung des „Feinde ringsum“ jedoch die trotzig Formel „Viel Feind, viel Ehr!“ entgegengesetzt wurde, stand der bedrohlichen Entwicklung eine heroische Disposition gegenüber, die populistisch ausgebeutet werden konnte. Der Alldeutsche Verband und die Vaterlandspartei haben das vor und im Weltkrieg dann weidlich getan.<sup>40</sup>

Bei den Einkreisungsobsessionen kam dem Konflikt mit den Briten eine besondere Rolle zu – auch und gerade deshalb, weil die Liberalen und große Teile des Bildungsbürgertums in Großbritannien lange (teilweise bis zur britischen Kriegserklärung an das Deutsche Reich im August 1914) einen potentiellen Verbündeten bei der Schaffung einer neuen Weltordnung gesehen hatten. Zwei Faktoren spielten bei der deutsch-britischen Entfremdung eine zentrale Rolle, und beide waren für Populismen hochbrisant. Der eine war der Bau einer deutschen Hochseeflotten, der zum deutsch-britischen Wettstreit führte.<sup>41</sup> Der andere war der britische Protektionismus gegen deutsche Produkte, die zu einer gefährlichen Konkurrenz für das Mutterland der Industrialisierung geworden waren. Die Kriegsflotte war ein im deutschen Bürgertum ungemein populäres Projekt, denn sie war – erstens – die einzige gesamtnationale Waffengattung, da die Landstreitkräfte in einem preußischen, einem sächsischen, einem bayrischen, einem württembergischen usw. Heer organisiert waren. Zweitens bot sie Karrierechancen für bürgerliche Offiziere, die es in den nach wie vor vom Adel dominierten Landstreitkräften in dieser Form nicht gab, und schließlich war – drittens – der Bau der Kriegsflotte ein

altes Projekt der deutschen Nationalbewegung, dessen Verwirklichung im 19. Jahrhundert mehrfach gescheitert war. Die Entscheidung Wilhelms II. zum Bau einer Kriegsflotte mochte zwar wesentlich durch dessen Geltungsdrang gegenüber den britischen Vetter (Wilhelm war ein Enkel von Königin Victoria) veranlasst gewesen sein, aber es war auch eine populistische Entscheidung, insofern die Kriegsflotte ein Symbol deutscher ‚Weltgeltung‘ und damit des Anspruchs auf Gleichrangigkeit gegenüber den Briten war. Tatsächlich hatte sich der deutsche Anspruch auf ‚Weltgeltung‘ auf einer wenig symbolischen, aber ungemein folgenreichen Ebene bereits geltend gemacht, nämlich der von Produktion und Welthandel, weswegen sich die Briten veranlasst sahen, die Qualität deutscher Produkte herunterzureden, um ihrer Konkurrenz gewachsen zu sein. Sie setzten durch, dass diese mit dem Zusatz „Made in Germany“ versehen werden mussten, um sie im Vergleich mit britischen Waren als minderwertig zu klassifizieren.<sup>42</sup> Nicht ohne Bitterkeit musste man in Großbritannien feststellen, dass das Gegenteil des Beabsichtigten eintrat und aus dem Signum der Abwertung eines der besonderen Qualität wurde. Die diskriminierende Etikettierung, die durchgesetzt zu haben noch einmal die hegemoniale Position der Briten im Welthandel deutlich machte, und der anschließende Triumph der deutschen Produkte, wurde in Deutschland zu einem weiteren Ansatzpunkt für Populismen, in denen vorangegangene Demütigungen in Überheblichkeit und Übermut umschlugen. Die zuletzt immer wieder verwendeten Formeln von ‚Export(vize)weltmeister‘ Deutschland sind wirtschaftspopulistische Etiketten, mit denen politische Unterstützung für den Außenhandel gewonnen werden soll. Gleichzeitig bedienen sie das Selbstwertgefühl und den Stolz einer Nation, die politisch im Weltmaßstab keine Rolle mehr spielt,

aber die Verluste auf dem Felde der Politik auf wirtschaftlichem Terrain gutgemacht habe.

Hier wird eine weitere, bislang noch nicht angesprochene Dimension des Populismus sichtbar: die sozialpsychologische Komponente, die im Falle der Bearbeitung von Ressentiments als Psychohygiene kollektiver Empfindungen oder aber als ‚Verunreinigung‘ des kollektiven Seelenlebens durch Arroganz und Vorurteile bezeichnet werden kann. Das ist vor allem in der Auseinandersetzung mit England der Fall gewesen. Einer der Knoten dieser psycho-sozialen Auseinandersetzung mit den Briten war der Kriegssessay *Händler und Helden* des Berliner Wirtschaftshistorikers Werner Sombart, in dem das krämerhafte Agieren der Briten auch und gerade im Kriege – indem sie etwa Truppen aus den Kolonien auf den europäischen Kriegsschauplätzen für sich kämpfen ließen – einer wirtschaftspsychologischen Analyse unterzogen wurde. Den Briten Sombart dann das großmütig-heroische Agieren der Deutschen gegenüberstellte, die für ihre Sache selbst kämpften und nicht andere für sich bluten und sterben ließen.<sup>43</sup> Sombarts Argumentation war zutiefst populistisch, indem sie das massenhafte Sterben an den Fronten zu einem Messen der patriotischen Hingabebereitschaft machte, bei dem die Briten zumindest moralisch den Kürzeren zogen: Sie waren, mochten sie auch den Krieg militärisch gewinnen, in jedem Fall die moralischen Verlierer.

In der Vorgeschichte des Krieges hatte der Kaiser mit einer Reihe populistischer Äußerungen für außenpolitische Missklänge und Verstimmungen gesorgt. So erklärte er, nachdem er das Schlagwort von der „gelben Gefahr“ geprägt hatte, womit er die Herausforderung der Europäer durch China meinte,<sup>44</sup> in seiner „Hunnenrede“, die er anlässlich der Einschiffung deutscher Marineinfanterie zur Niederwerfung des chinesischen Boxeraufstands hielt, die deutschen Soldaten sollten in China

auftreten wie einst die Hunnen unter ihrem König Etzel, damit noch in tausend Jahren kein Chinese wage, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen. Auch solche Sprüche waren Arbeit am weltpolitischen Ressentiment der Deutschen, und sie führten schließlich dazu, dass, als das deutsche Militär im Ersten Weltkrieg mit großer Härte gegen die belgische Zivilbevölkerung vorging,<sup>45</sup> die Deutschen von den Briten als „Hunnen“ bzw. „Barbaren“ bezeichnet wurden. Auch die Krüger-Depesche, Kaiser Wilhelms Solidaritätserklärung mit den aufständischen Buren in Südafrika, war eher durch populistisches Ressentiment als durch außenpolitische Weitsicht geprägt. Nirgendwo ist der Populismus gefährlicher als in der äußeren Politik, wo seine Effekte vagabundieren und schnell ins Gegenteil des Beabsichtigten umschlagen. In der Ära des Wilhelminismus vor dem Ersten Weltkrieg beherrschten solche Populismen die deutsche Außenpolitik – nicht unbedingt in der praktischen Ausrichtung der deutschen Politik, aber doch in ihrer kommunikativen Vermittlung. Sie erzeugten dadurch bei den Nachbarn ein Bild, das der tatsächlichen Politik des Reichs keineswegs entsprach, und setzten dessen Außenpolitik im Innern unter einen Erwartungsdruck, dem sie nicht genügen konnte. Die Folge dessen war, dass im Juli 1914 von Berlin größere Risiken eingegangen wurden, als sie im tatsächlichen deutschen Interesse lagen.

Wilhelms größter populistischer Coup war freilich seine die Politik des ‚Burgfriedens‘ ermöglichende Rede zu Beginn des Ersten Weltkriegs, in der er verkündete, er kenne keine Parteien mehr, er kenne nur noch Deutsche.<sup>46</sup> Damit bediente er ein Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsbedürfnis bei vielen Deutschen, das dann in der Vorstellung einer kriegsgehärteten Volksgemeinschaft seinen Niederschlag fand. Die Vorstellung, ‚die Gesellschaft‘ lasse sich wieder in eine

‚Gemeinschaft‘ überführen, die ein tragender Bestandteil der ‚Ideen von 1914‘ wurde,<sup>47</sup> hatte hierin ihren Ursprung. Sie war der Ausgangspunkt populistischer Strategien, die noch während des Krieges entwickelt wurden, aber erst in der Weimarer Republik ihre volle Wirkung entfalteten.

## Populistische Elemente in Politik und Ideologie des Nationalsozialismus

In der Retrospektive von heute werden die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland vor allem mit der Rassenideologie und der Vernichtungspolitik gegenüber den europäischen Juden verbunden. Das aber ist der retrospektive Blick, während sich der Nationalsozialismus für die Zeitgenossen Anfang der 1930er Jahre, in der Agonie der Weimarer Republik, ganz anders dargestellt hat: Er wurde als Überwindung der politischen Gegensätze und gesellschaftlichen Klassenunterschiede wahrgenommen, und wie dominant diese Wahrnehmung war, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass die Gegner des Nationalsozialismus auf der politischen Linken diesen Anspruch als ideologische Lüge und politischen Betrug brandmarkten. Warnungen vor dem Rassismus der Nazis waren eher die Ausnahme. Ein Umdenken begann erst mit den Nürnberger Gesetzen und den Boykottmaßnahmen gegen ‚jüdische‘ Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanzleien. Die Blindheit gegenüber dem Antisemitismus der Nazis lag nicht daran, dass diese mit ihrem Rassismus hinter dem Berge gehalten hätten (tatsächlich stellten sie ihn offen zur Schau), sondern lag darin begründet, dass die rassistische Komponente der Nazi-Ideologie im Unterschied zu den Vorstellungen von der Schaffung bzw. Wiederherstellung der Volksgemeinschaft politisch wenig Resonanz fand. Selbstverständlich gab es Verbindungslinien zwischen Rassismus und Volksgemeinschaft, aber die spielten in der allgemeinen Wahrnehmung zunächst kaum eine

Rolle. So sahen selbst die Gegner des Nationalsozialismus die von diesem verkörperte Herausforderung in der gefährlichen Attraktivität einer neuen Volksgemeinschaft. Die Volksgemeinschaft war ein ausgesprochen populistisches Projekt, das vor allem im Kleinbürgertum, dem klassischen Adressaten des Populismus, großen Anklang fand.<sup>48</sup>

### Das „Diktat von Versailles“

Die andere große Erwartung, die sich mit Hitler und seinem Aufstieg verband, war die Revision der Ordnung von Versailles, die Sprengung der sicherheitspolitischen Einkreisung Deutschlands, die im Friedensvertrag von Versailles festgeschrieben war, ein Ende der Reparationszahlungen und der politische Wiederaufstieg Deutschlands.<sup>49</sup> Dabei ging es weniger um die realen Interessen der Menschen, die sich um die schwere Wirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre und die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland drehten, sondern um Ehre und Anerkennung, an denen die Einzelnen durch Identifikation mit dem Kollektivsubjekt Deutschland partizipierten. Gerade dort, wo die Effekte populistischer Politik nicht kurzfristig gemessen werden können, sondern sich in der Veränderung allgemeiner Stimmungslagen niederschlagen, ist eine populistisch angelegte Beeinflussungsstrategie am erfolgreichsten. Die Wiederherstellung nationaler Größe, wie Hitler sie versprach, wurde dramatisiert, wenn ständig von der ‚Demütigung Deutschlands‘ im Versailler Vertrag die Rede war sowie der damit verbundenen Schande und Entehrung und behauptet wurde, all dies sei eine Folge des kraftlosen und feigen Auftretens der republikanischen Politiker in der Weimarer Republik. Die Aussicht auf ein Ende der ‚Versailler Knebelungen‘ war nicht nur in konservativen und rechten Kreisen populär,

sondern reichte bis weit in die politische Mitte und darüber hinaus sogar in linke Kreise hinein. Die populistische Aufbereitung dieser Ressentiments hat viel zum Aufstieg Hitlers und seiner Partei beigetragen, und die Erfolge, die Hitler in dieser Hinsicht schon bald feiern konnten, trugen erheblich zur Stärkung seines Ansehens in der Bevölkerung und zur Festigung seiner politischen Stellung in Deutschland bei. Die Reichswehr bzw. deren Offizierskorps als einziger Machtfaktor, der Hitler noch gefährlich werden konnte, wurde durch die außenpolitischen Erfolge und die Resonanz, die sie in der Bevölkerung fanden, machtpolitisch paralysiert. Nun gab es diese Erfolge tatsächlich, begünstigt durch die französisch-britische Zurückhaltung bei der ‚Rheinlandbesetzung‘, also dem Einmarsch mehrerer Bataillone der Wehrmacht in die entmilitarisierte Zone im Westen Deutschlands. Mindestens ebenso wirksam wie die Ergebnisse selbst war deren populistische Vor- und Nachbereitung, die darauf ausgelegt war, das Charisma des Führers zu steigern und sichtbar zu machen.

### Populistische Inszenierung Hitlers

Das Zusammenspiel von Charisma und Populismus zu analysieren, ist eine heikle Aufgabe.<sup>50</sup> Sicherlich ist Charisma nicht das Ergebnis populistischer Politik, sondern in seinen Quellen unabhängig davon, aber der Charismaglaube einer Anhängerschaft wird durch Inszenierungen und Berichte verstärkt, die in ihrer Grundstruktur populistisch angelegt sind. Während das Charisma selbst Abstand und Distanz herstellt, durch die der Charismatiker von seiner Gefolgschaft getrennt ist, sorgt seine populistische Aufbereitung dafür, dass die Transendenzen nicht zu groß und vor allem nicht unüberbrückbar werden. Das Geheimnis politischen Charismas ist die Gleichzeitigkeit zweier

entgegengesetzter Effekte: die Herstellung einer unendlich großen Distanz und die Imagination einer fast ebenso großen Nähe. Gerade am Beispiel Hitlers lässt sich eine Fülle populistischer Inszenierungen beobachten, vom Opernbesucher und Wagnerliebhaber über den ‚Kinderfreund‘ bis zum Spaziergänger am Obersalzberg, die den enthobenen Charismatiker in die Nähe des Normalbürgers rückten, ohne ihn dabei als einen Jedermann erscheinen zu lassen. Auch die Selbstinszenierung Hitlers als einfacher Gefreiter des Ersten Weltkriegs diente dazu, den Abstand zwischen Führer und Gefolgschaft nicht allzu groß werden zu lassen, wobei das an der Brust getragene Eiserne Kreuz 1. Klasse jedoch deutlich machte, dass es sich nicht um einen beliebigen Gefreiten des Ersten Weltkriegs handelte. Die verbreitete Formel „Wenn das der Führer wüsste“, mit der Missstände und Mängel des Regimes thematisiert wurden, ist ein Ausdruck für die populistische Ausgestaltung des „Führer“-Bildes.<sup>51</sup>

### Populistische Ausbeutung von Sozialneid

Populistisch war auch die im ursprünglichen Parteiprogramm der NSDAP enthaltene Unterscheidung zwischen ‚schaffendem‘ und ‚raffendem‘ Kapital mit ihrem unüberhörbar antisemitischen Grundton.<sup>52</sup> Nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, wie im Sozialismus, wurde hier zum politischen Ziel erhoben, sondern das Bankwesen und die Kreditwirtschaft, insbesondere die Börse und das Spekulationswesen, wurden damit in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Das war unter dem Eindruck von Kriegsgewinnlertum, Inflation und Börsenkrach ausgesprochen populär. Hinzu kam die Unterstellung, dass dieses Kapital nicht national gebunden sei, sondern international ‚vagabundiere‘ und wesentlich spekulativen Zwecken diene. Dagegen, so das Versprechen, werde der Nationalsozialismus vorgehen,

indem er nur noch die Formen des Kapitaleinsatzes zulasse, die der deutschen Volksgemeinschaft dienten. Das permanente Präfix Volk- vor allem, worauf sich das Regime etwas zugutehielt, vom ‚Volkswagen‘ bis zum ‚Volkskühlschrank‘, wurde zur Etikettierung eines wohlfahrtsstaatlichen Populismus, der sich als Einlösung der gemachten Versprechungen ausgab. Diese Formen des Populismus wurden zu Sammelstellen von Sozialneid, der anschließend auf die Gruppe der (vermögenden) Juden in Deutschland abgeleitet wurde. Nicht als Rassenhass, sondern als kanalisierter Sozialneid hat der Antisemitismus im nationalsozialistischen Deutschland populistische Züge entwickelt.<sup>53</sup>

### Elitismus als Gegengewicht zum Populismus

Der populistischen Seite des Nationalsozialismus stand freilich immer eine ausgeprägt elitistische Seite gegenüber, die sicherstellte, dass die populistischen Elemente nicht die Oberhand gewannen und die nationalsozialistische Politik infolgedessen in die Abhängigkeit von Erwartungen und Stimmungen der Bevölkerung geraten würde. Den schärfsten Ausdruck dieses Elitismus stellte die SS dar, die zur verkörperten Distanz gegenüber der Bevölkerung avancierte. Zur Inszenierung dieses Elitismus diente nicht nur die schwarze Uniform,<sup>54</sup> sondern auch das Geheimnis, das diese Organisation innerhalb des Naziregimes umgab. Mit dem Geheimnis war eine Unberechenbarkeit verbunden, von der ein permanenter Schrecken ausging, der verhinderte, dass über die populistische Komponente eine gar zu enge Vertrautheit der Bevölkerung mit den Ortsgruppen- und Kreisleitern der NSDAP entstand. Der Nationalsozialismus in Deutschland war, um einen Begriff Ernst Fränkels aufzugreifen,<sup>55</sup> auch eine „Doppelherrschaft“ von Populismus und Elitismus.

## Antikommunismus als Populismus: Die Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1969

### Populismus in der DDR

Die SED-Herrschaft in der DDR funktionierte in vielerlei Hinsicht ebenfalls als eine Kombination von populistischen und elitistischen Elementen, wobei freilich festzuhalten ist, dass mit dem Übergang von der Ulbricht- zur Honneckerära die populistischen Elemente deutlich an Bedeutung gewannen und die elitistische Dimension in den Hintergrund gedrängt wurde. Das war mit einer Abschwächung der totalitären Elemente in der Parteiherrschaft gleichbedeutend, deren politische Disziplinierungsfunktion durch eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern kompensiert werden sollte. An die Stelle von Angst und Schrecken sollten Akzeptanz und Zustimmung treten, um das Regime zu festigen und eine begrenzte Liberalisierung im Innern zu ermöglichen. Das war auch zeitweilig der Fall, führte aber infolge steigender Erwartungen der Bevölkerung zu einer Staatsverschuldung, an der das SED-Regime schließlich zerbrochen ist.<sup>56</sup> Das Projekt der SED, das Fehlen partizipativ-demokratischer Strukturen und die Verweigerung politischer Alternativen durch eine populistische Politik ‚von oben‘ zu kompensieren, war damit gescheitert. Das heißt nicht, dass ‚Populismus von oben‘ bzw. ‚gouvernementaler Populismus‘ grundsätzlich zum Scheitern verurteilt sind; eine solche Form der Herrschaftsausübung ist aber darauf angewiesen, Zugriff auf tendenziell unbegrenzte Ressourcen zu haben, um die



Menschen auf Dauer ruhigstellen zu können. Dass derlei auf Dauer möglich ist, ist mit Blick auf das Gesetz der steigenden Erwartungen zu bezweifeln. Der Populismus von oben als Ersatz für demokratische Entscheidungsbefugnisse und Mitwirkungsmöglichkeiten ist eher eine Form des politischen Übergangs als ein nachhaltiges Politikmodell.

### **Wohlstand als Ressource des Populismus**

Auch bei der Stabilisierung der Bundesrepublik im Westen Deutschlands war die Güterversorgung der Bevölkerung von ausschlaggebender Bedeutung; hier wurde sie jedoch auf der Basis einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht in die Verantwortung der politischen Führung gestellt, sondern die Menschen hatten durch ihren eigenen Fleiß und ihr Geschick selbst dafür Sorge zu tragen. Die Politik war nur für die Gestaltung der Rahmenbedingungen verantwortlich, die sicherstellen sollten, dass die Leistung auch denen zugute kam, die sie erbracht hatten. Die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik war im Kern ein auf individuellen Anreizen beruhendes System, das auf keine populistischen Komponenten angewiesen war. Die kamen erst über die Dimension des Sozialen ins Spiel, durch die Fehlfunktionen des Marktes und individuelle Schicksalsschläge aufgefangen sowie die Versorgung im Alter und bei Krankheit sichergestellt werden sollten. Politisch waren diese Komponenten aber eigentlich nur bei ihrer Implementierung ausbeutbar, denn danach gingen sie in die Systemfunktionen über und wurden gewissermaßen ‚selbstverständlich‘. Aus ihrem Funktionieren war kein parteipolitischer Profit zu schlagen. Der Wohlfahrtsstaat generiert Legitimität und Unterstützung für die politische Ordnung als Ganzes, aber nicht, jedenfalls nicht auf

längere Sicht, für eine der qua Wahl mit der Regierungsausübung betrauten Parteien. Die soziale Marktwirtschaft ist im Grundsatz eine populismusaverse Ordnung.

Das heißt freilich nicht, dass ihre Verteidigung gegen alternative politische Modelle nicht auch in populistischen Formen stattfinden könnte. So hat in der Entstehungsperiode der Bundesrepublik die Partei, die im Wesentlichen für die politische Durchsetzung dieser Ordnung stand, die CDU, vom Erfolg der sozialen Marktwirtschaft politisch erheblich profitiert. Der ungemein populäre Wirtschaftsminister Ludwig Erhard wurde zum Symbol für das Wirtschaftswunder, und sein Auftreten sowie sein Habitus vermittelten der Bevölkerung das Zutrauen, dass der neue Wohlstand nicht bloß ein zeitlich begrenztes Zwischenspiel, sondern ein dauerhafter Zustand sein werde – wenn man Erhard und seine Partei an der Macht belasse.<sup>57</sup> Erhard selbst war bemüht, diese Erwartung zu verstärken, indem er Bücher und Broschüren verfasste (u.a. das programmatische Buch *Wohlstand für alle*), in denen er das Wunder des neuen Wohlstands mit der von ihm durchgesetzten Ordnung, vor allem der Währungsreform und der Abschaffung der staatlichen Zwangsbewirtschaftung knapper Güter, in Verbindung brachte.<sup>58</sup> Er war also durchaus darauf bedacht, das in ihm symbolisierte Wirtschaftswunder populistisch auszubeuten. Das ging so lange gut, wie der Wohlstand wuchs und die Arbeitslosigkeit sank, aber schon bei der ersten größeren Krise Mitte der 1960er Jahre sank Erhards Popularität und er verlor die kurz zuvor von Adenauer übernommene Kanzlerschaft.

Was aus dieser Zeit jedoch in die kollektive Mentalität und das politische Gedächtnis der Deutschen eingegangen ist und eine beachtliche Ressource populistischer Formeln und *policies* darstellt, ist die Vorstellung, dass eine stabile Währung die Basisvoraussetzung des Wohlstands ist. Ausdruck dessen war der Aufstieg

der Bundesbank als Hüter der Geldwertstabilität zu *der* politischen Institution, die, neben dem Bundesverfassungsgericht, das größte Vertrauen in der Bevölkerung genoss und nach wie vor genießt. Die Erwartungen wie die Vorbehalte gegenüber dem Euro und der Europäischen Zentralbank haben darin ihren Ursprung. Die Deutschen (oder doch große Teile der deutschen Bevölkerung) misstrauen zutiefst einer wirtschaftlichen Ordnung und einer Politik, die nicht den Imperativen der Geldwertstabilität folgt. Das ist die offene Flanke der europäischen Gemeinschaftswährung Euro, in die mit entsprechenden Parolen immer wieder populistisch hineingestoßen werden kann. Es wird sich zeigen, ob die Gemeinschaftswährung auf Dauer diesen Erwartungen und ihrer populistischen Instrumentalisierung gewachsen sein wird.

### **Antikommunismus und die Diskreditierung von Alternativen zur CDU-Politik**

Die in der politischen Kultur der frühen Bundesrepublik wichtigste Ressource des Populismus war der Antikommunismus. Vor allem Konrad Adenauer, der erste Kanzler der Bundesrepublik, hat aus Gründen des Machterhalts immer wieder aus dieser Quelle geschöpft.<sup>59</sup> Dabei ist unter einer populistischen Nutzung des antikommunistischen Affekts im Westen zweierlei zu verstehen: Zunächst ging es um eine politische Auseinandersetzung mit der Sowjetischen Militäradministration (SMA) und der SED in dem von den Sowjettruppen besetzten Teil Deutschlands, bei der Enteignungsmaßnahmen und politische Unterdrückung im Zentrum standen. Die Systemkonkurrenz von Kapitalismus und Sozialismus wurde so aufbereitet, dass daraus die Alternative von Freiheit und Unfreiheit wurde. Dabei handelte es sich dabei freilich eher um politische Propaganda als um populistische Strategien. Eine genuin populistische

Komponente bekam die Systemkonkurrenz und ihre propagandistische Begleitmusik erst dort, wo die sowjetische Politik und das Regime in der DDR (das, um dessen politische Legitimität zu bestreiten, lange Zeit als SBZ, Sowjetische Besatzungszone, bezeichnet wurde) dazu dienten, Alternativen zu der von der CDU betriebenen Politik der Westintegration und der Sozialen Marktwirtschaft als von Moskau ferngesteuert und zwangsläufig in eine Ordnung à la SBZ führend zu denunzieren. Adenauer war ein Meister dieser Politik, die schließlich auch von der Bild-Zeitung, dem meistgelesenen Boulevardblatt in Deutschland, mit großem Nachdruck unterstützt wurde. Die Botschaft lautete: Wer mit Alternativen zu der von Adenauer verfolgten Politik liebäugelt, läuft Gefahr, das Spiel der Kommunisten und der machtpolitischen Interessen Moskaus zu betreiben. Exemplarisch zum Ausdruck kam dies in einem Wahlplakat der CDU von 1957, das einen über eine Kante spähenden Sowjetsoldaten zeigt, auf den eine Fülle von Linien und Farbbalken zuläuft; und das mit der Parole versehen ist, dass alle Wege des Sozialismus nach Moskau führten.<sup>60</sup> Das war gegen den von der SPD damals favorisierten ‚demokratischen Sozialismus‘ gerichtet.

### **Antiintellektualismus**

Mit dieser Politik der populistischen Ausbeutung des Antikommunismus war ein handfester Antiintellektualismus verbunden, in dem die traditionelle Distanz des Kleinbürgertums gegenüber den Intellektuellen als „Mundwerksburschen“ (Arnold Gehlen) populistisch zugespitzt wurde.<sup>61</sup> Die politisierenden Intellektuellen, die in der Regel politisch links von der CDU standen, wurden darin als eine Gruppe präsentiert, die durch ihre weltfremde Besserwisserei politisch gefährlich sei. Der antiintellektualistische Affekt eines Großteils der

Bevölkerung wurde so politisch fruchtbar gemacht. Es ging dabei darum, Widerspruchs- und Kritikpotentiale, die sich zunehmend bemerkbar machten, politisch zu paralisieren. Ein Höhepunkt dieser Art des Populismus war, als Erhard Intellektuelle und Schriftsteller, die ihn kritisiert hatten, als „Pinscher“ bezeichnete.<sup>62</sup> Das Spannungsverhältnis zwischen Populismus und Elitismus wurde hier von Teilen der politischen Elite benutzt, um die antielitären Ressentiments vorzugsweise kleinbürgerlicher Kreise in Bahnen zu lenken, wo sie der gesellschaftlichen Elite nichts anhaben konnten und stattdessen eine machtpolitisch weitgehend irrelevante Gruppe mit gelegentlich elitärem Habitus, die Intellektuellen eben, trafen. Die potentielle Sprengkraft populistischer Aspirationen wurde so mit populistischen Mitteln entschärft. Indem man einen Populismus bespielte, den man glaubte, beherrschen zu können, machte man einen Populismus unschädlich, der politisch gefährlich hätte werden können. Diese Politik mündete schließlich in den Auseinandersetzungen des Jahres 1968, in dem sich eine schnell wachsende studentische bzw. akademisch geprägte Bewegung gegen dieses populistische Dispositiv zur Wehr setzte und eine neue Entwicklungsetappe in der Geschichte der Bundesrepublik einleitete.<sup>63</sup> Antikommunismus und Antiintellektualismus verloren mit ihr an Bedeutung, und wo sie kampagnenförmig noch einmal zur Geltung gebracht wurden, zeitigten sie nicht mehr dieselbe Wirkung wie in den 1950er und 1960er Jahren.

Während die 1968er Bewegung gänzlich unpopulistisch und in ihrem demonstrativen Elitismus geradezu antipopulistisch war, haben sich im Anschluss an sie eine Reihe linker Bewegungen entwickelt, die populistische Züge aufwiesen. Zu nennen sind an erster Stelle die ‚K-Gruppen‘, politische Splittergruppen, die sich als kommunistisch bezeichneten und sich dabei

nicht auf die Sowjetunion, sondern auf das maoistische China, Nordkorea und Albanien beriefen. Indem sie das ‚Volk‘ als Widerpart der ‚herrschenden Clique‘ herausstellten, verließen sie den Rahmen einer marxistischen Klassenanalyse und folgten der antagonistischen Gesellschaftsvorstellung, die für den Populismus typisch ist: In ihr gibt es nur ‚die Unten‘ und ‚die Oben‘.<sup>64</sup> Der Populismus der K-Gruppen, der mit Formeln wie „Dem Volke dienen“ auftrat, mündete in einen starren Antagonismus, der nichts mehr mit der dialektischen Klassenanalyse der marxistischen Tradition zu tun hatte. Nun wäre über diese Gruppierungen, die allesamt Anfang der 1990er Jahre verschwanden und auch davor keine politisch relevante Rolle gespielt, sondern eher zum Folklore der linken Szene gehört hatten, eigentlich kein Wort mehr zu verlieren, wenn nicht seit 2008/09 mit der *Occupy*-Bewegung ähnliche antagonistische Vorstellungen Bedeutung gewonnen hätten: Auch deren Weltbild ist weitgehend manichäischer Art, das heißt, der überwiegenden Mehrheit der ‚Guten‘ steht eine kleine Gruppe der ‚Bösen‘ gegenüber, die aber raffiniert und tückisch ist und der es so gelungen ist, ‚die Weltherrschaft‘ zu erobern. Die unter dem Slogan der ‚Empörung‘<sup>65</sup> versammelten Vorstellungen von der Besetzung öffentlicher Plätze, Blockaden, oder Sabotageaktionen<sup>66</sup> laufen auf ein ‚stellvertretendes‘ Widerstandshandeln rebellischer Eliten hinaus, die im Namen und im Interesse des ‚Volkes‘ den Kampf gegen das Finanzkapital und dessen sinistre Machenschaften aufgenommen haben. Bei der *Occupy*-Bewegung wie bei Attac handelt es sich freilich um internationale Bewegungen, die auch in Deutschland Ableger haben. Sie stellen kein nationales Spezifikum dar, sondern stehen für die ‚Internationalisierung‘ des Populismus.

Von sehr viel größerer politischer Relevanz als die K-Gruppen in der Geschichte der Bundesrepublik war die

Friedens- und Ökologiebewegung der 1980er Jahre, die die politischen Verhältnisse des Landes grundlegend verändert hat. Nun sind die Erhaltung des Friedens und die Schonung der Natur an sich keine populistischen, sondern genuin politische Vorhaben, die aller Ehren wert sind. Populistisch an der Friedens- und Ökologiebewegung war jedoch die von ihr vorangetriebene Re-Intentionalisierung der Politik, die mit einer starken voluntaristischen Attitüde einherging. Typisch dafür war das Desinteresse an funktionalen Koppelungen und den damit verbundenen paradoxalen Effekten politischer Interventionen. Wo man sich mit ihnen auseinandersetzte, führte dies sehr bald in Vorstellungen von Intrigen und Verschwörungen, also in Modellen, in denen abermals die Intentionen, nämlich die der Gegenseite ausschlaggebend waren. Generell hat die intentionalistische Politikwahrnehmung des Populismus eine starke Nähe zu Verschwörungstheorien. In diesem Sinne war auch eine Friedensdebatte populistisch, aus der alle Paradoxien politischen Handelns getilgt waren und in der allein die ‚reine Gesinnung‘ als zielführend angesehen wurde. Der Manichäismus dieser Position wurde durch die apokalyptischen Szenarien für den Fall des Scheiterns derer mit der ‚reinen Gesinnung‘ unterstrichen.

Etwas anders stellte sich dies im Falle der vielfältigen und zerklüfteten Ökologiebewegung dar, aus der die Partei *Die Grünen* hervorging.<sup>67</sup> Sie war lange Zeit in die beiden Lager der Fundamentalisten („Fundis“) und Realpolitiker („Realos“) gespalten, die beide nicht unbedingt zu einer populistischen Politik tendierten; die „Fundis“ nicht, weil ihr Politikprojekt auf einen grundlegenden Umbau der Gesellschaft hinauslief, bei dem Viele Wohlstandseinbußen würden hinnehmen müssen; die „Realos“ nicht, weil sie sich mit dem Erfordernis politischer Kompromissbildung abfanden und damit ihren Spielraum für eine populistische

Politik begrenzten. Das schloss freilich nicht aus, dass beide Lager die von ihnen favorisierte Politik gelegentlich in populistischem Gestus präsentierten, doch darin unterschieden sie sich nicht von anderen Parteien im politischen Spektrum der Bundesrepublik.

## „Wir sind das Volk“. „Wir sind ein Volk“: Die deutsche Einigung

Die bei den Leipziger Montagsdemonstrationen aufgekommene Parole „Wir sind das Volk“ war sicherlich nicht als ein populistischer Slogan gemeint; vielmehr wurden hier genuin demokratische Rechte und Partizipationschancen gegen ein Regime eingeklagt, das zwar den Begriff des Volkes bei jeder Gelegenheit benutzte, das Volk aber elitistisch-autoritär regierte und bestenfalls paternalistisch behandelte. Indem die Demonstranten für sich reklamierten, sie seien das Volk (was mit der sich Woche für Woche vergrößernden Zahl der Demonstrierenden immer plausibler wurde), nahmen sie das sich als ‚volksdemokratisch‘ bezeichnende Regime beim Wort und entzogen ihm die Legitimation, im Namen des Volkes zu handeln. Es handelte sich also um eine polemische Zuspitzung im Kampf um die Repräsentation des Volkes: Volk gegen Volkspolizei.<sup>68</sup>

Da der Sturz Honneckers und die Erschütterung der SED-Herrschaft aber nicht die sich zuspitzende wirtschaftliche Situation verbessern konnten, wurde schon bald nach dem Fall der Mauer die Forderung nach einer Vereinigung beider deutscher Staaten laut. Die aber konnte angesichts der nach wie vor bestehenden Militärblöcke und der unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen beider deutschen Staaten nicht ohne Weiteres vollzogen werden; jeder Schritt in Richtung deutsche Einheit war von der Zustimmung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs abhängig, und schon bald war auch klar, dass der Vereinigungsprozess den Deutschen in der

Bundesrepublik erhebliche finanzielle Belastungen auferlegen würde.<sup>69</sup> Die Parole „Wir sind ein Volk“ war eine Intervention von Teilen der DDR-Bevölkerung in diesen Prozess, die auf dessen Beschleunigung drängte. Sie war eher nationalpatriotisch als populistisch, und es war vor allem eine aus dem Osten kommende Erinnerung der Westdeutschen daran, dass nun sie gefordert waren, den Vereinigungsprozess voranzutreiben, nachdem im Osten das SED-Regime erschüttert und die Mauer gefallen war. Populistisch war in dieser Situation eher die Formel des Kanzlers Helmut Kohl, der von den „blühenden Landschaften“ sprach, die im Beitrittsgebiet entstehen würden, wenn die Vereinigung vollzogen sei. Diese Formulierung dürfte entscheidend zu der Mehrheit beigetragen haben, die die CDU bei den anschließenden Wahlen gewann. In gewisser Hinsicht ist Kohl hier wie Platons „Zuckerbäcker“ aufgetreten, der Süßigkeiten verspricht und nicht über die Schwierigkeiten und Probleme redet, die zu lösen sind. Vieles spricht aber auch dafür, dass der Kanzler zutiefst überzeugt war, seine Voraussage würde sich schon bald bewahrheiten. Er selbst scheint die Durststrecke, die auf dem Weg zu den „blühenden Landschaften“ zurückzulegen war, erheblich unterschätzt zu haben. Nicht unterschätzt hatte diese ‚Durststrecke‘ die deutsche Sozialdemokratie, weswegen sie mehrfach auf die Probleme und Kosten einer schnellen Vereinigung hingewiesen hat. Diese ‚realistische‘ Einschätzung ist ihr von den Wählern im Gebiet der ehemaligen DDR jedoch nicht gedankt worden und sie hatte bei Wahlen über längere Zeit das Nachsehen, weil sie sich nicht auf das populistische Dispositiv eingelassen hatte.

### **„Versorgungspopulismus“ der PDS**

Als populistisch ist hingegen die Politik der aus der SED hervorgegangenen PDS zu bezeichnen, die aus der

Diskrepanz von Erwartungen und eingetretener Lage, u.a. merklichen Gleichstellungsdefiziten im Osten bei Löhnen und Renten, politisches Kapital schlug. Man kann hier von einem ‚Versorgungspopulismus‘ sprechen, der sich vor allem um die kümmerte, die dem alten Regime nahestanden hatten und daraus nun Nachteile bezogen bzw. die mit den neuen Verhältnissen nicht (mehr) zurechtkamen. Die Wahlerfolge der PDS in den neuen Bundesländern resultierten aus einer populistischen Aufbereitung der Probleme, die sich im Vereinigungsprozess auftraten, und der Fehler, die dabei gemacht wurden. Gleichzeitig ließ sich die PDS auf kommunaler und regionaler Ebene aber in die politische Bearbeitung dieser Probleme einbinden, und das hat ihre Möglichkeiten zum Spiel mit dem populistischen Dispositiv stark beschränkt. Auf kommunaler Ebene zumindest trat die Partei schon bald in der Rolle des ‚Kümmerers‘ und nicht in der des Populisten auf.<sup>70</sup>

## Der verdeckte und versteckte Populismus im vereinten Deutschland

Auf die Euphorie der Wiedervereinigung folgten schon bald fremdenfeindliche Ausschreitungen und Brandstiftungen in Ost-, aber auch in Westdeutschland, die zeitweilig die Befürchtung aufkommen ließen, man müsse mit der massiven Wiederkehr eines aggressiven Nationalismus in Deutschland rechnen, der auch vor Mord und Totschlag Fremder oder als fremd Wahrgenommener nicht zurückschrecke. Dass es nicht zu dem gekommen ist, was damals manche befürchteten, ist auch eine Folge dessen, dass keine der etablierten Parteien die xenophoben Ressentiments in ihre politische Programmatik aufgenommen und damit salonfähig gemacht hat. Gleichzeitig ist die NPD, die massiv fremdenfeindlich auftritt, politisch marginal geblieben. Dass sie aus ihrem Einzug in einige Parlamente der neuen Bundesländer kein politisches Kapital schlagen konnte, war auch eine Folge ihrer politischen Isolierung; nirgendwo kam sie in die Rolle eines Mehrheitsbeschaffers oder gar Koalitionspartners hinein, und so blieb ihr bloß die Position eines immer wieder für Skandale sorgenden Außenseiters. Das heißt jedoch nicht, dass es in Deutschland kein politisches Potential für eine ausländerfeindliche Politik gäbe. Dass es vorhanden ist und teilweise bis tief in bürgerliche Kreise hineinreicht, hat sich in den Debatten nach der Veröffentlichung von Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* gezeigt.<sup>71</sup> Auch wenn Sarrazins Thesen nicht offen fremdenfeindlich sind, zeigte sich in den Reaktionen darauf doch, dass sie so verstanden

werden können und dabei auf Zustimmung stoßen. Aber die auf Asylanten und Migranten der zweiten und dritten Generation bezogene Xenophobie konnte nicht in eine populistische Politik übersetzt werden, der man, ähnlich wie bei den europäischen Nachbarn, ein Wählerpotential von 10-15 Prozent zutraut.

### **Erfolgreiche Ausgrenzung von Rechtspopulisten**

Warum aber hat sich in Deutschland keine rechtspopulistische Partei wie in anderen europäischen Ländern etablieren können, bei der die Angst vor ‚Überfremdung‘ ethnisch-nationaler wie religiös-konfessioneller Art sowie die Furcht vor Migranten und Asylanten die zentralen politischen Themen sind? Als erstes ist hier auf den Konsens in der politischen Klasse zu verweisen, wonach eine rechtspopulistische Partei, selbst wenn sie im Parlament der ausschlaggebende Faktor einer möglichen Regierungsbildung wäre, nicht als Mehrheitsbeschaffer und schon gar nicht als Koalitionspartner in Frage kommt.<sup>72</sup> Damit war von Anfang an klargestellt, dass eine solche Partei keinen politischen Einfluss erlangen konnte. Das begrenzte das Interesse möglicher Kandidaten, sich als werbewirksame Zugpferde für sie zur Verfügung zu stellen, und machte potentiellen Wählern klar, dass Stimmen für diese Partei politisch vergeudete Stimmen sein würden. Die Ausgrenzung der Rechtspopulisten hat bislang Wirkung gezeigt. Sie wurde – zweitens – komplementiert durch eine öffentliche Diskussion, in der die Geschichte der Weimarer Republik immer wieder als warnendes Beispiel aufgerufen wurde, in deren Schlussphase Parteien, die mit populistischen Parolen auf Stimmenfang gingen, die politische Mitte zerrieben hatten. Offenbar hat das Ende der Weimarer Republik und der Aufstieg der Naziapartei im kollektiven Gedächtnis nach wie vor eine so starke

Warnfunktion, dass ein energischer Hinweis darauf genügt, um rechtspopulistische Dispositionen der Wähler zu beschämen und die bei einigen Angehörigen der politischen Klasse wahrscheinlich vorhandene Versuchung zu blockieren, mit rechtspopulistischen Themen zu punkten. Jedenfalls ist gegenwärtig nicht erkennbar, dass Xenophobie und Überfremdungsängste politisch zum Zuge kommen werden.

### **Keine populistisch dominierte Außenpolitik**

Eine weitere nach der deutschen Wiedervereinigung zu hörende Befürchtung lautete, dass die nun wieder hergestellte Mittellage Deutschlands zwischen Ost und West zu einer Erneuerung der geopolitischen Konstellationen führen werde, in denen ein Amalgam aus Überlegenheitsbewusstsein und Einkreisungsängsten zu einer populistisch angeleiteten Außenpolitik führen könne, in der Kraftmeierei und Unberechenbarkeit die gerade erst gut geordneten Verhältnisse in Europa wieder kräftig durcheinanderbringen würden.<sup>73</sup> Davon konnte in den zurückliegenden zwanzig Jahren jedoch nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Die deutsche Außenpolitik hat sich ein ums andere Mal in den Dienst Europas gestellt und dabei immer wieder den Franzosen den Vortritt gelassen. Statt als Bedrohung ist die europäische Mittellage Deutschlands als eine Form gesteigerter Sicherheit wahrgenommen und zu einem kräftigen Einkassieren der Friedensdividende genutzt worden. Populistische Einflussnahme auf die äußere Politik hat es nicht gegeben. Dazu hat sicherlich auch die feste Einbindung der Bundesrepublik in die Nato und die Europäische Union beigetragen. Wird diese Einbindung in Frage gestellt wurde, dann eher von linkspopulistischer als von rechtspopulistischer Seite.



### Populistisches Potential der Eurokrise

So bleibt als relevanter Tummelplatz der Populisten vorerst nur die Fiskal- und Währungspolitik, die seit der Einführung der Gemeinschaftswährung Euro zum Raum verstärkter Ängste und Sorgen geworden ist. Es wäre jedoch falsch, jede Kritik am Weg in eine europäische Fiskalunion als populistisch zu bezeichnen. Diese Auseinandersetzung ist zunächst eine sachlich-politische Kontroverse über die längerfristigen Interessen Deutschlands und über die Möglichkeiten zur Durchsetzung einer europaweiten Haushaltsdisziplin. Richtig ist jedoch, dass die Skepsis gegenüber der Fiskalunion und der Haushaltsdisziplin in den mittelmeerischen Ländern sehr viel leichter populistisch aufzuladen ist als die Unterstützung des Wegs, der über eine gemeinsame europäische Währung hinaus zu einer gemeinsamen europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik führen soll. Der Versorgungsklientelismus in einigen südeuropäischen Ländern (eine in der Regel selbst populistisch angelegte Politik) und die opulente Alimentierung der politischen Klasse dort ist ein Problem der EU, das bei den notorisch als größten Nettozahler der Union in Anspruch genommenen Deutschen in wachsendem Maße auf Unwillen und Widerstand stößt. Die populistische Ausbeutung dieser Themenfelder ging zunächst von der Boulevardpresse aus, bis sie dann auch einige Politiker und deren Parteien erreichte. Inzwischen mischen sich Angst und Sorge um die Zukunft des Euros mit alten Stereotypen über die Ausbeutung der Deutschen durch die Südländer, die ihrem *dolce far niente* frönten, während man in Deutschland lange und hart arbeiten müsse, um den Luxus des Südens zu finanzieren. Das bleibt solange eine karikaturhafte Zuspitzung, wie Deutschland innerhalb der EU nicht isoliert ist und die Achse Berlin-Paris funktioniert. Eine politische Isolierung Deutschlands in der EU freilich

könnte im Ausbruch eines europafeindlichen Populismus in Deutschland enden, der die EU in eine gefährliche Krise stürzen würde.

Abschließende Frage: Wie wahrscheinlich ist es, dass die etablierten Parteien in Deutschland zukünftig häufiger auf das populistische Dispositiv zurückgreifen, ohne deswegen selbst populistisch zu werden? Karin Priester hat darauf hingewiesen, dass Populismus vor allem in Krisen der Repräsentation verstärkt auftritt,<sup>74</sup> und zumindest die beiden Volksparteien in Deutschland, die CDU und die SPD, befinden sich in einer solchen Krise – die SPD sicherlich in höherem Maße als die CDU.<sup>75</sup> Die klassischen Bindungen der Wähler an ‚ihre‘ Partei sind erodiert, der Anteil der Wechselwähler und Unentschlossenen nimmt zu, und in Konstellationen, in der der Ausgang der Wahlen vom Grad der Wählermobilisierung abhängt, ist die Versuchung groß, auf populistische Themen zurückzugreifen: In der harmlosen Variante auf solche des Versorgungspopulismus, in der gefährlicheren auf die des Identitätspopulismus. Ersteres wird mit Sicherheit der Fall sein und ist in Fragen des demographischen Wandels und der zukünftigen Rentenzahlungen schon jetzt beobachtbar; der Identitätspopulismus hingegen wird für die Volksparteien so lange blockiert sein, wie die Warnung von Weimar im kollektiven Gedächtnis der Deutschen gespeichert bleibt und politisch aktiviert werden kann. Gerade Volksparteien, die mit dem Identitätspopulismus gespielt haben, haben erhebliche Reputationseinbußen zu gewärtigen. Das ist bei kleineren Parteien weniger der Fall; bei den Grünen ist damit jedoch aufgrund ihrer politischen Grundausrichtung nicht zu rechnen, und die FDP hat, als sich Tendenzen in diese Richtung zeigten, vor der politischen Spaltung gestanden. Beide Parteien dürften in der Krise der Repräsentation ihr Heil eher in einem verstärkten Klientelismus als in einem offensiven Populismus suchen.

# Anmerkungen

- <sup>1</sup> Dazu Florian Hartleb, „Auf- und Abstieg der Hamburger Schill-Partei“ in: Hans Zehetmaier (Hrsg.), *Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004, 213–17; allgemein Frank Decker, *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen: Verlag Leske + Budrich, 2004.
- <sup>2</sup> Vgl. Patrick Moreau und Viola Neu, *Die PDS zwischen Linksextremismus und Linkspopulismus*, St. Augustin, 1994.
- <sup>3</sup> Karin Priester, *Rechter und linker Populismus. Annäherungen an ein Chamäleon*, Frankfurt/M./New York: Campus, 2012, 237f.
- <sup>4</sup> Ebd., S. 230ff.
- <sup>5</sup> In dieser Frage unterscheiden sich die Studien zum Populismus: Während viele die Anfänge des Populismus im 19. Jahrhundert sehen und von da an zyklische Konjunkturen des Populismus beobachten (exemplarisch Priester, *Rechter und linker Populismus*, 230ff.), sehen andere ihn sehr viel weiter zurückreichen (vgl. etwa Paolo Pombeni, „Das Problem des Populismus im Rahmen der europäischen Geschichte“, *Totalitarismus und Demokratie*, 8:2, 221–36, 2011).
- <sup>6</sup> Dazu für Griechenland Helmut Berve, *Die Tyrannis bei den Griechen*, 2 Bde., München: C. H. Beck 1967, 164ff. und 373ff.; was Italien anbetrifft, so ist nach wie vor Jacob Burckhardt, *Die Kultur der Renaissance in Italien*, Stuttgart: Kröner, 1976, 27ff., einschlägig.
- <sup>7</sup> Vgl. Christian Meier, *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1980, 91–143.
- <sup>8</sup> In seiner Elitentheorie unterscheidet Vilfredo Pareto zwischen den Eliten, die sich abschließen und nur aus sich selbst heraus reproduzieren, und jenen, die darauf bedacht sind, die tüchtigsten Elemente aus den tatsächlichen oder potentiellen Gegeneliten auf ihre Seite zu ziehen. Bei der Entwicklung zur Demokratie ging es freilich nicht bloß um einen Eliten-, sondern auch um einen Systemwechsel.
- <sup>9</sup> Dazu Luciano Canfora, *Politische Philologie. Altertumswissenschaften und moderne Staatsideologien*, Stuttgart: Klett-Cotta, 1995, 45–60 (ital. Original: *Le vie del Classicismo*, Rom/Bari, 1989).

- 10 Platon, *Der Staat/Politeia*, eingeleitet von Olof Gigon, Zürich und München: Artemis, 1973, 189ff. (III, 14).
- 11 Infolgedessen ist das klassische manichäische Schema des Populismus von oben und unten, von (gutem) Volk und (manipulierenden) Eliten durch die Unterscheidung auf beiden Polen zu einer viergliedrigen Gegenüberstellung vervielfältigt worden: die manipulativen Eliten sind in den Außenbereich abgewandert und dem guten Volk ist das bedrohliche Volk, die Unterschicht-Immigranten, zur Seite gestellt worden; dazu Priester, *Rechter und linker Populismus*, S. 235f.
- 12 Die Sozial- und Kulturwissenschaften in Deutschland haben sich in den letzten Jahren intensive mit der Eigen-Fremd-Unterscheidung beschäftigt; vgl. u.a. Helga Egner (Hrsg.), *Das Eigene und das Fremde. Angst und Faszination*, Solothurn und Düsseldorf: Walter Verlag, 1994; Ulrich Bielefeld (Hrsg.), *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?* Hamburg: Hamburger Edition, 1998; Rolf Peter Janz (Hrsg.), *Faszination und Schrecken des Fremden*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2001; für eine theoretische Auseinandersetzung mit ‚dem Fremden‘ vgl. Herfried Münkler (Hrsg.), *Furcht und Faszination. Facetten der Fremdheit*, Berlin: Akademie Verlag, 1997.
- 13 Vgl. Ben Stanley, „The Thin Ideology of Populism“, *Journal of Political Ideologies*, 13:1, 85-110; Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge/New York: Cambridge University Press, 2007.
- 14 In der Populismusforschung stehen sich dementsprechend zwei Lager gegenüber: das Lager derer, die vor einer Überdehnung des Populismusbegriffs warnen und sich um eine möglichst präzise Definition bemühen, und die Gruppe jener, die mit einem relativ weiten Populismusbegriff arbeiten und in ihn „Binnendifferenzierungen“ einziehen, indem sie unterschiedliche Typen und Hybridisierungen voneinander unterscheiden.
- 15 In diesem Sinne Paula Diehl, „Die Komplexität des Populismus. Ein Plädoyer für ein mehrdimensionales und graduelles Konzept“, *Totalitarismus und Demokratie* 8:2, 273–291, 2011.
- 16 Vgl. Philippe Schmitter, „A Balance Sheet of the Vices and Virtues of ‚Populism‘“, *The Romanian Journal of Political Sciences* 7:2, 5-11, 2007; Francisco Panizza (Hrsg.), *Populism and the Mirror of Democracy*, Verso: London 2005, 50-71, sowie Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.), *Populism in Europe and the Americas: Threat or Corrective to Democracy?*, Cambridge/New York: Cambridge University Press, 2012.
- 17 Dazu ausführlich Herfried Münkler/Hans Grünberger/Kathrin Meyer, *Nationenbildung. Die Nationalisierung Europas im Diskurs humanistischer Intellektueller*, Berlin: Akademie Verlag, 1998, 163ff.
- 18 Dazu ausführlich Herfried Münkler, *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin: Rowohlt, 2009.

- 19 Vgl. Luciano Canfora, Tacitus und die Wiederentdeckung der alten Germanen, in: ders., *Politische Philologie*, 9-44, sowie Christopher B. Krebs, *A Most Dangerous Book. Tacitus's Germania from the Roman Empire to the Third Reich*, New York: W.W. Norton & Company, 2011.
- 20 Zur Intention der *Germania* vgl. Dieter Flach, „Der taciteische Zugang zu der Welt der Germanen“ in: Rainer Wiegels/Winfried Woessler (Hrsg.) *Arminius und die Varusschlacht. Geschichte – Mythos – Literatur*, Paderborn/München/Wien/Zürich: Ferdinand Schöningh, 1995, 143–66.
- 21 Zur Unterscheidung von Identitäts- und Protestpopulismus vgl. Priester, *Rechter und linker Populismus*, 64.
- 22 Thomas Mann, *Betrachtungen eines Unpolitischen* [1918], Frankfurt/M.: S. Fischer, 1983; zum Konflikt zwischen Heinrich und Thomas Mann über Zivilisationen und Kultur vgl. Helmut Koopmann, *Thomas Mann – Heinrich Mann. Die ungleichen Brüder*, München: C. H. Beck, 2005, 270ff.
- 23 Zur Nationalisierung der Musik vgl. die Beiträge in Hermann Danuser/Herfried Münkler (Hrsg.), *Deutsche Meister – böse Geister? Nationale Selbstfindung in der Musik*, Schliengen: Edition Argus, 2001.
- 24 Zur Rolle der Mittelschichten im Populismus vgl. Priester, *Rechter und linker Populismus*, 17f.
- 25 Münkler, *Die Deutschen und ihre Mythen*, 109ff.
- 26 Ebd., 165ff.
- 27 Caspar Hirschi, *Wettkampf der Nationen. Konstruktionen einer deutschen Ehrgemeinschaft an der Wende von Mittelalter zur Neuzeit*, Göttingen: Wallstein, 2005.
- 28 Dazu ausführlich Münkler/Grünberger/Meyer, *Nationenbildung*, 263ff.
- 29 Ebd., 210ff.
- 30 Vgl. Judith Pollmann, „Eine natürliche Feindschaft: Ursprung und Funktion der schwarzen Legende über Spanien in den Niederlanden, 1560–81“ in: Franz Bosbach (Hrsg.), *Feindbilder. Die Darstellung des Gegners in der politischen Publizistik des Mittelalters und der Neuzeit*, Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag, 1992, 73–93.
- 31 Dazu Münkler, *Die Deutschen und ihre Mythen*, 188ff.
- 32 Vgl. Priester, *Rechter und linker Populismus*, 67f. und öfter.
- 33 Dazu Münkler, ‚Vater Staat‘ in: Johannes Bilstein (Hrsg.), *Dein Wille geschehe... Das Bild des Vaters in der zeitgenössischen Kunst und Wissenschaft*, Köln: Oktagon Verlag, 2000, 105–9.

- 34 Armin Mohler, *Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1989.
- 35 Rüdiger Safransky, *Romantik. Eine deutsche Affäre*, München: Carl Hanser, 2007.
- 36 Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte. Bd. 1: Bürgerwelt und starker Staat 1800–1860*, München: C.H. Beck, 1983, 11.
- 37 Vgl. Münkler, *Die Deutschen und ihre Mythen*, 389ff.
- 38 Zu der von Bülow verfolgten „Politik der freien Hand“ vgl. Klaus Hildebrandt, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1995, 190–248; Bülow hatte seine Außenpolitik unter die Devise gestellt, dass Deutschland sich entscheiden müsse, ob es ‚Hammer‘ oder ‚Amboß‘ sein wolle; dazu Dirk van Laak, *Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München: C. H. Beck, 2005, 73ff.
- 39 Vgl. Magnus Brechtken, „Kaiser, Kampfschiffe und politische Kultur: Britannias Bild von Wilhelms Deutschland“ in: Bernd Heidenreich/Sönke Neitzel (Hrsg.), *Das Deutsche Kaiserreich 1890–1914*, Paderborn/München/Wien/Zürich: Ferdinand Schöningh, 2011, 201–219, sowie Andreas Rose, „The writers, not the sailors...“: Großbritannien, die Hochseeflotte und die Revolution der Staatenwelt“ in: ebd., 221–40.
- 40 Hierzu Jost Dülffer/Karl Holl (Hrsg.), *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im Wilhelminischen Deutschland*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1986.
- 41 Vgl. Robert K. Massie, *Dreadnought. Britain, Germany, and the Coming of the Great War*, New York: Random House, 2001.
- 42 Maiken Umbach, „Made in Germany“ in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.) *Deutsche Erinnerungsorte*, München: C. H. Beck 2001, Bd. 2, 405–18.
- 43 Werner Sombart, *Händler und Helden. Patriotische Besinnungen*, Leipzig/München: Duncker & Humblot, 1915.
- 44 Heinz Gollwitzer, *Die gelbe Gefahr. Geschichte eines Schlagworts*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1962.
- 45 Vgl. John Horn/Alan Kramer, *German Atrocities, 1914. A History of Denial*, New Haven: Yale University Press, 2001.
- 46 Vgl. Modris Eksteins, *Rites of Spring. The Great War and the Birth of Modern Ages*, Boston: Houghton Mifflin Company, 1989.
- 47 Vgl. Jeffrey Verhey, *Der ‚Geist von 1914‘ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg: Hamburger Edition, 2000.
- 48 Dazu vor allem Hans Dieter Schäfer, *Das gespaltene Bewusstsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933–1945*, München/Wien: Carl Hanser, 1981, 196ff.
- 49 Zu den ersten Jahren der Herrschaft Hitlers vgl. Richard J. Evans, *The Coming of the Third Reich*, London: Allen Lane/The Penguin Press 2003, 309–90.
- 50 Dazu Priester, *Rechter und linker Populismus*, 72–91.
- 51 Vgl. ausführlich Ian Kershaw, *The Hitler Myth. Image and Reality in the Third Reich*, Oxford: Oxford University Press, 1987.
- 52 Karin Priester hat in *Rechter und linker Populismus* (183f. und 209) darauf hingewiesen, welche Relevanz die Thematisierung des Geldes im Links- wie Rechtspopulismus hat. Indem zwischen ‚gutem‘ und ‚bösem‘ Geld unterschieden wird, stellt sich nicht das Problem, programmatische Aussagen über einen Umbau der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung machen zu müssen, womit sich zwangsläufig die Frage nach den Interessen der unterschiedlichen Schichten der Gesellschaft stellt. Indem suggeriert wird, man könne durch die Beseitigung des ‚schlechten‘ Geldes alles gut machen, hat potentiell jede Gruppe der Gesellschaft die Möglichkeit, sich als Profiteur dieser Maßnahmen zu sehen. Dieser Grundzug aller Populismen lässt sich auch am Nationalsozialismus aufzeigen.
- 53 Diese Dimension des Nationalsozialismus ist zuletzt vor allem von Götz Aly herausgearbeitet worden; vgl. Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt/M.: S. Fischer, 2005.
- 54 Vgl. Paula Diehl, *Macht-Mythos-Utopie. Die Körperbilder der SS-Männer*, Berlin: Akademie Verlag, 2005.
- 55 Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat* [1940], Frankfurt/M.-Köln: Europäische Verlagsanstalt, 1974.
- 56 Zur Geschichte der DDR vgl. Klaus Schröder, *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft. 1949–1990*, München: Carl Hanser Verlag, 1996, 199ff.
- 57 Zum Image Erhards und zur Verbindung des ‚Wirtschaftswunders‘ mit seinem Namen vgl. Münkler, *Die Deutschen und ihre Mythen*, 457ff.; zur ‚Bebilderung‘ des Wirtschaftswunders vgl. Edgar Wolfrum, *Die 50er Jahre. Kalter Krieg und Wirtschaftswunder*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2006, 71ff.
- 58 Dazu Alfred C. Mierzejewski, *Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft*, Berlin: Siedler Verlag, 2005, 191ff. (engl. Original: *Ludwig Erhard. A Biography*).
- 59 Eckart Conze, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München: Siedler Verlag, 2009, 109ff.

- 60 Zur Bedeutung der politischen Plakate für eine populistische Politik vgl. Klaus Wasmund, *Politische Plakate aus dem Nachkriegsdeutschland. Zwischen Kapitulation und Staatsgründung*, Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 1986.
- 61 Der Antiintellektualismus ist neben Antiinstitutionalismus, Antiliberalismus und Antielitismus ein Kennzeichen des Populismus. Darin wird noch einmal deutlich, dass es sich beim Populismus wesentlich um eine reaktive Bewegung handelt.
- 62 Mierzejewski, *Ludwig Erhard*, 306. Erhards Satz lautete: „Da hört der Dichter auf, da fängt der ganz kleine Pinscher an, der in dümmster Weise kläfft.“
- 63 Vgl. Conze, *Die Suche nach Sicherheit*, 331ff.
- 64 Dazu Priester, *Rechter und linker Populismus*, 211ff.
- 65 Die große Aufmerksamkeit, die das Pamphlet von Stéphane Hessel, *Empört Euch!* (Berlin: Ullstein Verlag, 2011) gefunden hat, steht im Kontext dieses Empörungsgestus.
- 66 Für die Formen des Widerstandes ist der von einem ‚Unsichtbaren Komitee‘ verfasste Text *L’insurrection qui vient* (Paris: La Fabrique éditions, 2007) aufschlussreich. Dieser Text ist inzwischen auch ins Deutsche übersetzt worden.
- 67 Vgl. Achim Raschke, *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln: Bund Verlag, 1993, sowie Ludger Volmer, *Die Grünen*, München: C. Bertelsmann, 2009.
- 68 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München: C.H. Beck 2009, 307ff.
- 69 Vgl. Gerhard A. Ritter, *Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen Einigung*, München: C. H. Beck, 2009; Andreas Rödder, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München: C. H. Beck, 2009.
- 70 Vgl. Gero Neugebauer/Richard Stöss, *Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, Opladen: Verlag Leske + Budrich, 1996; Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.), *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.
- 71 Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München: Deutsche Verlagsanstalt, 2010.
- 72 Eine Ausnahme war die Bildung des CDU-geführten Hamburger Senats, die nur durch die Aufnahme der Schill-Partei in die Regierung möglich war.

- 73 Zur alten und neuen ‚Mittellage‘ Deutschlands vgl. Münkler, *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*, Berlin: Rowohlt, 2010, 174ff.
- 74 Priester, *Rechter und linker Populismus*, 237ff.
- 75 Vgl. Franz Walter, *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, Bielefeld: transcript, 2009.

# Literaturverzeichnis

Aly, Götz, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt/M.: S. Fischer, 2005.

Anonym, *L'insurrection qui vient*, Paris: La Fabrique éditions, 2007.

Berve, Helmut, *Die Tyrannis bei den Griechen*, 2 Bde., München: C. H. Beck 1967.

Bielefeld, Ulrich (Hrsg.), *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?* Hamburg: Hamburger Edition, 1998.

Brechtken, Magnus, „Kaiser, Kampfschiffe und politische Kultur: Britannias Bild von Wilhelms Deutschland“ in: Bernd Heidenreich/Sönke Neitzel (Hrsg.), *Das Deutsche Kaiserreich 1890-1914*, Paderborn/München/Wien/Zürich: Ferdinand Schöningh, 2011, 201-219.

Burckhardt, Jacob, *Die Kultur der Renaissance in Italien*, Stuttgart: Kröner, 1976.

Canfora, Luciano, *Politische Philologie. Altertumswissenschaften und moderne Staatsideologien*, Stuttgart: Klett-Cotta, 1995. (ital. Original: *Le vie del Classicismo*, Rom/Bari, 1989).

Conze, Eckart, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München: Siedler Verlag, 2009.

Danuser, Hermann/Herfried Münkler (Hrsg.), *Deutsche Meister – böse Geister? Nationale Selbstfindung in der Musik*, Schliengen: Edition Argus, 2001.

Decker, Frank, *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen: Verlag Leske + Budrich, 2004.

Diehl, Paula, „Die Komplexität des Populismus. Ein Plädoyer für ein mehrdimensionales und graduelles Konzept“, *Totalitarismus und Demokratie* 8:2, 2011, 273-291.

Diehl, Paula, *Macht-Mythos-Utopie. Die Körperbilder der SS-Männer*, Berlin: Akademie Verlag, 2005.

- Dülffer, Jost/Karl Holl (Hrsg.), *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im Wilhelminischen Deutschland*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1986.
- Egner, Helga (Hrsg.), *Das Eigene und das Fremde. Angst und Faszination*, Solothurn und Düsseldorf: Walter Verlag, 1994.
- Eksteins, Modris, *Rites of Spring. The Great War and the Birth of Modern Ages*, Boston: Houghton Mifflin Company, 1989.
- Evans, Richard J., *The Coming of the Third Reich*, London: Allen Lane/The Penguin Press 2003.
- Flach, Dieter, „Der taciteische Zugang zu der Welt der Germanen“ in: Rainer Wiegels/Winfried Woessler (Hrsg.) *Arminius und die Varusschlacht. Geschichte – Mythos – Literatur*, Paderborn/München/Wien/Zürich: Ferdinand Schöningh, 1995.
- Fraenkel, Ernst, *Der Doppelstaat* [1940], Frankfurt/M.-Köln: Europäische Verlagsanstalt, 1974.
- Gollwitzer, Heinz, *Die gelbe Gefahr. Geschichte eines Schlagworts*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1962.
- Hartleb, Florian, „Auf- und Abstieg der Hamburger Schill-Partei“ in: Hans Zehetmaier (Hrsg.), *Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.
- Hessel, Stéphane, *Empört Euch!*, Berlin: Ullstein Verlag, 2011.
- Hildebrandt, Klaus, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1995.
- Hirschi, Caspar, *Wettkampf der Nationen. Konstruktionen einer deutschen Ehrgemeinschaft an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit*, Göttingen: Wallstein, 2005.
- Horn, John/Alan Kramer, *German Atrocities, 1914. A History of Denial*, New Haven: Yale University Press, 2001.
- Janz, Rolf Peter (Hrsg.), *Faszination und Schrecken des Fremden*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2001.
- Kershaw, Ian, *The Hitler Myth. Image and Reality in the Third Reich*, Oxford: Oxford University Press, 1987.
- Koopmann, Helmut, *Thomas Mann – Heinrich Mann. Die ungleichen Brüder*, München: C. H. Beck, 2005.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München: C.H. Beck 2009.

- Krebs, Christopher B., *A Most Dangerous Book. Tacitus's Germania from the Roman Empire to the Third Reich*, New York: W.W. Norton & Company, 2011.
- Mann, Thomas, *Betrachtungen eines Unpolitischen* [1918], Frankfurt/M.: S. Fischer, 1983.
- Massie, Robert K., *Dreadnought. Britain, Germany, and the Coming of the Great War*, New York: Random House, 2001.
- Meier, Christian, *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1980.
- Mierzejewski, Alfred C., *Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft*, Berlin: Siedler Verlag, 2005.
- Mohler, Armin, *Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1989.
- Moreau, Patrick/Viola Neu, *Die PDS zwischen Linksextremismus und Linkspopulismus*, St. Augustin, 1994.
- Mudde, Cas /Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.), *Populism in Europe and the Americas: Threat or Corrective to Democracy?*, Cambridge/New York: Cambridge University Press, 2012.
- Mudde, Cas, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge/New York: Cambridge University Press, 2007.
- Münkler, Herfried (Hrsg.), *Furcht und Faszination. Facetten der Fremdheit*, Berlin: Akademie Verlag, 1997.
- Münkler, Herfried, „Vater Staat“ in: Johannes Bilstein (Hrsg.), *Dein Wille geschehe... Das Bild des Vaters in der zeitgenössischen Kunst und Wissenschaft*, Köln: Oktagon Verlag, 2000, 205-209.
- Münkler, Herfried, *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin: Rowohlt, 2009.
- Münkler, Herfried, *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*, Berlin: Rowohlt, 2010.
- Münkler, Herfried/Hans Grünberger/Kathrin Meyer, *Nationenbildung. Die Nationalisierung Europas im Diskurs humanistischer Intellektueller*, Berlin: Akademie Verlag, 1998.
- Neugebauer, Gero/Richard Stöss, *Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten*, Opladen: Verlag Leske + Budrich, 1996.
- Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte. Bd. 1: Bürgerwelt und starker Staat 1800–1860*, München: C.H. Beck, 1983.

Panizza, Francisco (Hrsg.), *Populism and the Mirror of Democracy*, Verso: London 2005.

Platon, *Der Staat/Politeia*, eingeleitet von Olof Gigon, Zürich und München: Artemis, 1973.

Pollmann, Judith, „Eine natürliche Feindschaft: Ursprung und Funktion der schwarzen Legende über Spanien in den Niederlanden, 1560–1581“ in: Franz Bosbach (Hrsg.), *Feindbilder. Die Darstellung des Gegners in der politischen Publizistik des Mittelalters und der Neuzeit*, Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag, 1992.

Pombeni, Paolo, „Das Problem des Populismus im Rahmen der europäischen Geschichte“, *Totalitarismus und Demokratie*, 8:2, 221–236, 2011.

Priester, Karin, *Rechter und linker Populismus. Annäherungen an ein Chamäleon*, Frankfurt/M./New York: Campus, 2012.

Raschke, Achim, *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln: Bund Verlag, 1993.

Ritter, Gerhard A., *Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen Einigung*, München: C. H. Beck, 2009.

Rödter, Andreas, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München: C. H. Beck, 2009.

Rose, Andreas, „The writers, not the sailors...“: Großbritannien, die Hochseeflotte und die Revolution der Staatenwelt“ in: Bernd Heidenreich/Sönke Neitzel (Hrsg.), *Das Deutsche Kaiserreich 1890-1914*, Paderborn/München/Wien/Zürich: Ferdinand Schöningh, 2011, 221-240.

Safransky, Rüdiger, *Romantik. Eine deutsche Affäre*, München: Carl Hanser, 2007.

Sarrazin, Thilo, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München: Deutsche Verlagsanstalt, 2010.

Schäfer, Hans Dieter, *Das gesplittete Bewusstsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945*, München/Wien: Carl Hanser, 1981.

Schmitter, Philippe, „A Balance Sheet of the Vices and Virtues of „Populism“, *The Romanian Journal of Political Sciences* 7:2, 5-11, 2007.

Schröder, Klaus, *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft. 1949–1990*, München: Carl Hanser Verlag, 1996.

Sombart, Werner, *Händler und Helden. Patriotische Betrachtungen*, Leipzig/München: Duncker & Humblot, 1915.

Spier, Tim/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.), *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.

Stanley, Ben, „The Thin Ideology of Populism“, *Journal of Political Ideologies*, 13:1, 85–110.

Umbach, Maiken, „Made in Germany“ in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.) *Deutsche Erinnerungsorte*, München: C. H. Beck 2001, Bd. 2, 405–418.

van Laak, Dirk, *Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München: C. H. Beck, 2005.

Verhey, Jeffrey, *Der ‚Geist von 1914‘ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg: Hamburger Edition, 2000.

Volmer, Ludger, *Die Grünen*, München: C. Bertelsmann, 2009.

Walter, Franz, *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, Bielefeld: transcript, 2009.

Wasmund, Klaus, *Politische Plakate aus dem Nachkriegsdeutschland. Zwischen Kapitulation und Staatsgründung*, Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 1986.

Wolfrum, Edgar, *Die 50er Jahre. Kalter Krieg und Wirtschaftswunder*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2006.





Gegenwärtig spielen rechtspopulistische Bewegungen, wie sie in Europa sonst fast überall zu beobachten sind, in der deutschen Politik keine Rolle. Dies ist im Wesentlichen eine Folge der Erfahrungen aus der späten Weimarer Republik: Das Spiel mit Populismen, so die vorherrschende Sicht, ist ein gefährliches Spiel, und so sind populistische Dispositionen, die sich an der Angst vor kultureller „Überfremdung“ entzünden, auf ein paar Bücher beschränkt, die Aufsehen erregen, aber politisch folgenlos bleiben. Es gibt freilich populistische Elemente in der Politik der etablierten Parteien, von der *Linken* bis zur bayrischen CSU, aber diese Populismen bleiben in eine spezifische Politik der Interessenvertretung eingebettet.

Der Essay beschreibt populistische Strömungen in der deutschen Politik- und Ideengeschichte und deckt damit latent-populistische Dispositionen in der deutschen Mentalität auf. Dabei geht er zurück bis in die Zeit der Reformation, wo sich Strukturäquivalenzen zur Gegenwart zeigen: auch damals spielte der Protest gegen das angebliche Luxus- und Lotterleben im Süden eine Rolle, von dem es hieß, die Deutschen müssten es letzten Endes bezahlen. Nach der definitiven Absage an militärische Projekte sind Geld und Schulden (wieder) zu dem Thema geworden, mit dem man, wenn man will, politische Resonanz erzielen kann – zumindest in populistischer Vereinfachung.



ISBN 978-0-9568225-6-7

[counterpoint.uk.com](http://counterpoint.uk.com)